

Persönlicher Brief

von Ursula Haverbeck, D-32602 Vlotho - Mai 2016

Liebe Freunde und Wegbegleiter!

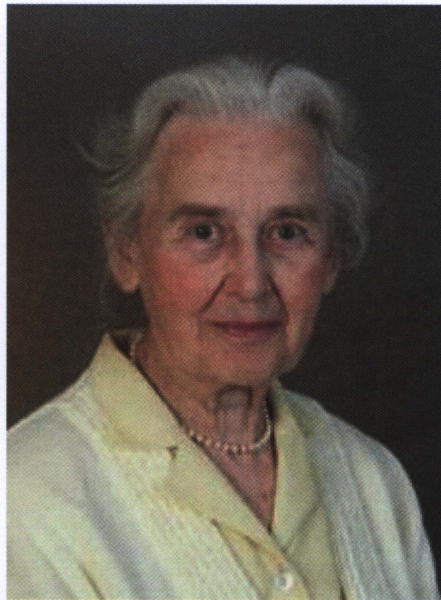
Das letzte Treffen der Leser von "Recht und Wahrheit" und auch meines "Persönlichen Brief" vom 9./10. April brachte aufschlußreiche Beiträge zu den anstehenden Wahlen und auch lebhaft Erörterungen der weiteren politischen Arbeit aus der Sicht von AfD, NPD und DIE RECHTEN.

Alle stimmten wirklich sehr eindeutig überein, daß wir vor einer gewaltigen Aufgabe stehen, wenn wir dem Überleben der Völker, und insbesondere des deutschen Volkes, noch eine Chance geben wollen.

Bei der Vorbereitung fiel mir ein Beitrag, den ich 1984 auf der Sababurg in Hessen gehalten habe, in die Hand. Auch damals ging es um Bundestagswahlen. Sollen wir, als Partei antreten oder nicht, ist Wahlverweigerung ein Mittel um etwas zu ändern? Usw. Damals plädierte ich für zwei ökologische Parteien. Zwei deshalb, weil es in der Bundesrepublik -hier sollte man besser sagen in Deutschland -zwei sehr unterschiedene und entsprechend starke politische Strömungen gibt. Die eine strebt nach Freiheit, im ursprünglichen Sinne von Freiheit, und die andere vornehmlich nach dem sozialen Miteinanderleben. Leider arbeiten sie getrennt und oft gegeneinander.

Beiden gemeinsam ist aber, daß sie die gegenwärtigen Verhältnisse ablehnen und grundsätzlich ändern wollen. Die Menschen sind eben nicht gleich und man muß der Ungleichheit Rechnung tragen, wenn man sie für eine politische gemeinsame Arbeit gewinnen will.

Außerdem sollten wir die völlig



auf den Kopf gestellten Begriffe wieder zurechtrücken. Links soll wieder als falsch gelten und Rechts wieder als richtig. Die linke Seite meines Mantels ist die falsche Seite, die nicht gezeigt werden soll. Wer sich ungeschickt verhält, ist linkisch und der, den wir nicht gebrauchen können, den lassen wir links liegen. Zu Rechts aber gehört das Recht, die Rechtstaatlichkeit, der rechtschaffene Mensch, das Richtige und natürlich auch die Grundrechte.

Ich bin den Linken sehr dankbar, daß sie unbedingt links sein wollen und wir damit die Möglichkeit haben, uns stolz als Rechts und richtig zu bezeichnen und meine daher, wir sollten den Kampf gegen Rechts, den die Linken proklamieren, jetzt umwandeln in einen Kampf für Rechts und daß heißt: für DAS RECHT.

Es gibt manche Parallelen zu den Überlegungen damals und heute. Damals ging es um die ökologische Frage, heute um das Überleben des deutschen Volkes. Die Lebensschutzbewegung war damals 1970 von den naturverbundenen Deutschen ins Leben gerufen worden. Erhard Eppler bezeichnete sie als die Wertkonservativen, um sie von den damals schon sich andrängenden marxistischen Gruppen zu unterscheiden. Diese Bewegung war eine Reaktion auf Atomenergie zu militärischen und friedlichen Zwecken und den bis dahin in Deutschland unbekannten Großeinsatz von Gift in der Landwirtschaft. Da mir der Beitrag von damals manche Hinweise auf ein mögliches und vielleicht notwendiges Vorgehen heute zu enthalten scheint, möchte ich ihn allen Mitstreitern zur Kenntnis geben (siehe S. 16).

**Erhebt euch denn und stellt euch neben mich,
Ins Chor der Treuen, die an meiner Seite
Das Rechte, das Beständige beschützen.**

**O diese Zeit hat fürchterliche Zeichen:
Das Niedre schwillt, das Hohe senkt sich nieder,
Als könnte jeder nur am Platz des andern
Befriedigung verworrner Wünsche finden,
Nur dann sich glücklich fühlen, wenn nichts mehr
Zu unterscheiden wäre, wenn wir alle,
Von einem Strom vermisch't dahin gerissen,
Im Ozean uns unbemerkt verlören.**

**O laßt uns widerstehen, laßt uns tapfer,
Was uns und unser Volk erhalten kann,
Mit doppelt neu vereinter Kraft erhalten!**

**Laßt endlich uns den alten Zwist vergessen,
Der Große gegen Große reizt, von innen
Das Schiff durchbohrt, das, gegen äuf're Wellen
Geschlossen kämpfend, nur sich halten kann.**

Johann Wolfgang von Goethe,
„Die natürliche Tochter“

U.H. und die Prozesse

von Ursula Haverbeck

Nach einer längeren Verschnaufpause – der letzte Prozeß fand 2011 in München statt – laufen im Jahre 2016 nun gleich drei Verfahren. In Hamburg steht das noch nicht terminierte Berufungsverfahren an, zu dem Urteil vom Amtsgericht Hamburg im November 2015.

Vom Amtsgericht Verden erhielt ich am 12. April eine Anklageschrift gegen Dr. Hennig und mich gemeinsam.

Die „Schwere der Tat gebietet“, daß das Verfahren vor einem Schöffengericht durchgeführt wird. Obgleich es beim Amtsgericht angesiedelt ist, ist auch die Benennung eines Verteidigers Pflicht.

Auch hier handelt es sich um die gleichen Aussagen, bzw. um die dahinter stehende Fundamentalaussage: „Den Holocaust kann es nicht gegeben haben aufgrund offizieller Verlautbarungen.“ Ich habe aber Einspruch gegen Eröffnung des Hauptverfahrens eingelegt wegen Termin Oeynhausen.

Im Amtsgericht Bad Oeynhausen ist die Anklage jetzt bereits terminiert. Es geht wieder um die gleichen Aussagen aus dem Internet und aus den Zeitschriften.

Am Freitag, den 8. April erhielt ich die Ladung zu dem jetzt terminierten Prozeß vor dem Amtsgericht Bad Oeynhausen.

Dieser findet statt am **Dienstag**, den 11. Oktober 2016, um 9.00 Uhr, in der Zweiten Etage, Sitzungssaal 24, Bismarkstr. 12, 32545 Bad Oeynhausen.

Diese Ankündigung – 7 Monate zuvor – stand am Montag, den 10. April, bereits im Spiegel, Focus, Westfalenblatt und einer Vielzahl anderer Zeitungen. Es wird anscheinend eine rege Beteiligung erwartet. Den Gefallen können wir dem Gericht tun.

Damit Sie wissen, worum es sich nun genau handelt, füge ich in diesem Fall die verhältnismäßig kurze Anklageschrift bei.

Die Anklage

Staatsanwaltschaft Bielefeld,
22.02.2016

AZ 216 Js 317/14

Ursula Haverbeck wird angeklagt,

seit Juli 2014 in Vlotho und anderen Orten in vier Tateinheitlich zusammentreffenden Fällen eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise; die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich geleugnet zu haben.

Der Angeschuldigten wird Folgendes zur Last gelegt: Die 87 jährige Angeschuldigte betreibt mithilfe des gesondert verfolgten Markus Walter die auf ihren Namen lautende Internetseite "ursula-haverbeck.info", auf der sie diverse von ihr selbst verfasste Artikel veröffentlicht, die von jedermann ungehindert eingesehen werden können.

Insbesondere veröffentlichte sie nach

und nach die folgenden von ihr selbst verfassten Artikel, die allesamt noch bis heute aufrufbar sind:

I.

Im Juli 2014 veröffentlichte sie den Artikel "Das Ende des jüdischen Jahrhunderts", der sich mit den Juden als "Weltfeind Nummer 1" beschäftigt, der - unter Zerstörung Deutschlands - eine Neue Weltordnung schaffen wolle. Der Artikel enthält unter anderem folgende Passage:

"Im Zentrum dieser jüdischen Weltherrschaftsideologie steht seit Ende der siebziger Jahre der Holocaust, welcher dazu auserkoren ist, die moralische Berechtigung zu liefern. Sein Symbol sind die Millionen vergaster Juden im Vernichtungslager Auschwitz.

Dieses Symbol ist aber bereits in sich zusammengebrochen aufgrund einer Vielzahl von enttarnten, angeblichen Überlebenden dieses Schreckensortes und einer Vielzahl von wissenschaftlichen

Untersuchungen. Hinzu kommen noch die jetzt veröffentlichten Standort- und Kommandanturbefehle von 1940-1945, die ein offizielles Institut, das Institut für Zeitgeschichte in München, veröffentlicht hat. Aus alledem ist zu entnehmen, daß Auschwitz ein Arbeitslager für die Aufrechterhaltung der Rüstungsproduktion war und kein Vernichtungslager."

II.

Spätestens im August 2014 Veröffentlichte die Angeschuldigte Briefe, die sie zuvor unter dem Datum 11.07.2014 an den Zentralrat der Juden und - unter anderem - den Generalbundesanwalt versandt hatte.

Der Brief an den Generalbundesanwalt trägt die Betreffzeile

"Betr. Die Frage: Wo und wann sind sechs Millionen Juden vergast worden nachdem Auschwitz als Tatort für die Vernichtung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann" und fordert die deutsche Justiz zu

einer Überprüfung der vorgenannten Frage auf. Dabei enthält der Brief folgende Passagen:

"Der Tatbestand der Offenkundigkeit, sowie der Tatort Auschwitz, können seit der Veröffentlichung des Spiegelredakteurs Fritjof Meyer in der Zeitschrift „Osteuropa“, Mai 2002, und erst recht nach der Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte im Jahr 2000, "Standort'-und Kommandanturbefehle des Konzentrationslagers Auschwitz 1940- 1945" nicht mehr aufrecht erhalten werden. Nach Darstellung der Standort- und Kommandanturbefehle war Auschwitz kein Vernichtungs- sondern ein Arbeitslager, in welchem die Inhaftierten für die Rüstungsproduktion arbeitsfähig zu erhalten waren.

(...)

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang wird bis in den Schulunterricht hinein die Anklage gegen das Deutsche Volk festgeschrieben: Sechs Millionen Juden vergast zu haben, während gleichzeitig immer mehr Widersprüche, Zahlenkorrekturen, ja, sogar Lügen bekannt werden, Lügen von angeblichen Holocaustüberlebenden, die - wie Nachforschungen ergaben - nie in einem KL waren."

Der Brief an den Zentralrat der Juden trägt die Betreffzeile

"Betr.: Eine Antwort auf die Frage, wo die sechs Millionen Juden vergast worden sind, nachdem Auschwitz als Tatort für die Vernichtung nicht mehr aufrechterhalten werden kann." und enthält folgenden Text:

"Ich möchte noch einmal mit allem Nachdruck meine Frage an Sie wiederholen: "Wo sind die sechs Millionen Juden mit Zyklon-B vergast worden?" Sie wie ich wissen zwar genau, daß es den Juden erlaubt ist, die Gojim zu betrügen und zu übervorteilen, jedoch ist dieses nur solange gestattet, als es den Juden selber nicht schadet.

Wenn Sie jetzt nicht forensisch und nachprüfbar die Vergasung der sechs Millionen Juden beweisen, dann schadet das Ihrem Ansehen. Wenn Sie es nicht beweisen können, weil es - vornehm ausgedrückt - eine gewaltige Übertreibung war, dann bleibt Ihnen nur eine öffentliche

Richtigstellung mit Wiedergutmachung und Entschuldigung in der Hoffnung noch mit Christen unter den Gojim rechnen zu können, welche Vergebung und Gnade kennen. Andernfalls brauchen Sie nur in der Thora nachzulesen, was Jahwe den Abtrünnigen als Strafe androht.

Jedes weitere Ausweichen der Beantwortung dieser fundamentalen Frage, gereicht der Judenheit zum Verhängnis. Bedenken Sie wohl was jetzt von Ihnen gefordert ist."

Die Briefe wurden zusätzlich auch in englischer Übersetzung veröffentlicht.

III.

Spätestens im Oktober 2014 stellte die Angeschuldigte den Artikel „Liebe Landsleute!

- Wo hat die Vergasung (oder auch Ermordung) von 6 Millionen (oder auch nur Millionen) Juden stattgefunden?" auf die oben genannte Internetseite ein.

Dieser enthält unter anderem folgende Ausführungen:

"Wo hat die Vergasung (oder auch Ermordung) von 6 Millionen (oder auch nur Millionen) Juden stattgefunden?" Auf die Beantwortung dieser Frage warte ich nun schon 5 Jahre vergebens.

Was hat mich überhaupt zu dieser Frage veranlaßt? Schließlich ist der Holocaust doch offenkundig? Bis heute wird allgemein davon ausgegangen; und Auschwitz war Haupttatort für die Vergasung von Millionen Juden. Das aber wurde in den letzten ca. 25 Jahren immer fragwürdiger:

Erstens durch die Reduzierung der Opferzahl durch die Gedenkstätte Auschwitz selber, von vier auf ca. eine Million Opfer. Die Ersetzung der alten Tafel durch eine neue konnten alle Bürger in den Fernsehnachrichten miterleben. (...)

Zweitens durch die Veröffentlichung eines Leitenden Spiegel-Redakteurs namens Fritjof Meyer in der Zeitschrift Osteuropa, wonach in Auschwitz selbst keine Vergasungen stattgefunden hätten und die Opfer in Birkenau vermutlich 356.000 betragen habe. (...)

Drittens durch die vom Institut für Zeitgeschichte - also einer offiziellen Einrichtung - im Jahr 2000 veröffentlichten STANDORT- UND KOMMANDANTUR-BEFEHLE für Auschwitz 1940 – 45, die eindeutig von einem Arbeitslager für die Rüstungsindustrie, aber nicht von einem Vernichtungslager sprechen. (...)

Damit entsteht zwangsläufig für jeden denkenden Menschen die Frage nach dem Tatort für dieses Verbrechen.

Diese entscheidende Frage wurde in den vergangenen 6 Jahren wiederholt gestellt an: den Zentralrat der Juden in Deutschland (dreimal), den Deutschen Richterbund, den Generalbundesanwalt, die Generalstaatsanwälte der Länder, die Landes- und Oberlandesgerichtspräsidenten und jetzt an den Bundesjustizminister.

Ganz offenbar wusste niemand, wo die Vergasung der Millionen Juden stattgefunden haben könnte. Das lässt nur einen Schluss zu: Den Holocaust gab es nicht.

(...)

Liebe Landsleute: Den Holocaust gab es nicht! Wir stehen ratlos und entsetzt vor einem kaum faßbaren Vorgang. 70 Jahre lang wurde das deutsche Volk öffentlich angeprangert als das größte Verbrechervolk aller Zeiten und sein einst umjubelter Führer als der Teufel schlechthin.

Durch Folter wurden Geständnisse erzwungen, denn niemand gab zu, etwas von einem Holocaust gehört oder gar dergleichen in einem KL erlebt zu haben. Jetzt wird auch verständlich, warum es eines Paragraphen 130 StGB gegen Volksverhetzung bedurfte, der das Nichtglauben an den Holocaust unter Strafe stellt, und auch, warum alle Beweisanträge der Angeklagten abgeschmettert wurden. Man kann nur beweisen, was stattgefunden hat. Beweisanträge hätten nur die Nichtexistenz beweisen können."

IV.

Spätestens im Dezember 2014 veröffentlichte die Angeschuldigte den Artikel "Das größte Problem unserer Zeit", in dem sie eine Wiederaufnahme der Strafverfahren fordert, in denen eine Verurteilung wegen Holocaustleugnung erfolgt ist und der fol-

gende Passagen enthält:
"Nachdem wochenlang im Internet zu lesen war, daß es "den Holocaust nicht gab" müssen nun alle Verfahren neu aufgerollt werden, bei denen denkende Bürger nach Paragraph 130 Absatz 3 StGB wegen Leugnen des Holocaust verurteilt wurden.

Diese Bürger haben keine andere Straftat begangen als daß sie aufgrund ihrer Kenntnis von wissenschaftlichen Untersuchungen zum gleichen Ergebnis eben schon früher kamen: Daß es den Holocaust nicht gegeben haben kann.

Es war schon unerhört, daß nach der Reduzierung der Opferzahl von Auschwitz, die den Bürgern offiziell bekanntgegeben wurde keinerlei Erklärung, bzw. Entschuldigung wegen Falschinformation erfolgte. Noch bedenklicher und mit einem Rechtsstaat unvereinbar war die gleichzeitige Inhaftierung des Chemikers Gernar Rudolf, der, ebenfalls aufgrund

seiner chemischen und damit naturwissenschaftlichen Untersuchung des Zyklon-B als mögliches Vergasungsmittel zu dem Ergebnis gekommen war, daß es den Holocaust, so wie dargestellt, nicht gegeben haben kann in Auschwitz, während der Spiegelredakteur, der das Gleiche in einem Aufsatz aufgrund neuer Archivfunde etc. mitteilte, straffrei blieb.

Jetzt haben wir wieder ein solches inakzeptables Vorgehen: Auf der einen Seite sagen die Kommandanturbefehle von Auschwitz, daß dieses ein Arbeitslager für die Rüstungsindustrie, aber kein Vernichtungslager war, und die Ludwigsburger Zentralstelle für Verfolgung von NS-Verbrechen klagt etwa dreißig, inzwischen über Neunzigjährige an, daß sie im Vernichtungslager Auschwitz beteiligt gewesen seien, an der Ermordung von Hunderttausenden Menschen."

Die vorgenannten Artikel der wegen Leugnung des Holocaustes bereits vorbestraften und wegen ihrer stetigen derartigen Äußerungen – gerade in letzter Zeit – durch die Medien bundesweit

bekannt gewordenen Angeschuldigten fanden erhebliche Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und führten zu zahlreichen Strafanzeigen, unter anderem durch den Zentralrat der Juden.

Vergehen der Volksverhetzung in vier tat einheitlich zusammentreffenden Fällen gemäß §§ 130Abs. 3, 52 StGB '

Beweismittel:

I. Geständige Einlassung der Angeschuldigten (zu vgl. Bl. 36 Beiheft 4)

II. Gegenstände des Augenscheins:

Ausdrucke aus dem Internet Bl. 23, 29-31; 34-35, 63-65, 107-108, 247-248 und 265-271 d. A.

Es wird beantragt, das Hauptverfahren vor dem Amtsrichter – Strafrichter – Bad Oeynhausen zu eröffnen.

Staatsanwalt Sven Lausten

Arnold Höfs, 80 Jahre

Am 15. Februar vollendete Arnold Höfs sein 80. Lebensjahr. Der Bauernspross aus Hinterpommern erlebte als 9jähriger, wie die Deutschen 1945 von allem befreit wurden, was ihnen lieb und wert war. Sein Vater war im Krieg gefallen, seine Mutter starb nach vielen Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten im Sommer 1945. Im Frühjahr 1946 erfolgte dann die restlose Befreiung durch die Polen. Die vertriebene Familie bzw. deren Rest, bestehend aus einer Großmutter und zwei Enkeln, landete letztlich auf der Insel Sylt, wo die elternlosen Kinder in ein Waisenhaus kamen.

Nach mehr als einem Jahr völliger Rechtlosigkeit und Zerstörung fanden alle eine relative Ruhe. Selbst die Hungerpolitik der Alliierten gegen die deutsche Bevölkerung wirkte sich nur teilweise aus, weil das Waisenhaus



einen Sonderstatus erhielt. Nach Abschluss der Volksschule absolvierte der Jubilar eine Molkereilehre und verließ die Insel. Ständiges Unzufriedensein mit seiner Situation brachte Höfs dann dazu, ein Abendgymnasium zu besuchen, wo er nach der täg-

lichen Arbeit in den Abendstunden die Hochschulreife erwarb. Mit fast 30 Jahren schloß er sein Universitätsstudium ab und war anschließend 35 Jahre in der Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung tätig.

Dem erwachsenen und gereiften Mann fielen die vielen unterschiedlichen Darstellungen über Hitler, den Zweiten Weltkrieg (dessen schreckliches Ende er ja selbst erlebt hatte) und vor allem die gegensätzlichen Schilderungen zum sogenannten Holocaust auf, die teilweise selbst den Naturgesetzen widersprachen.

Kaum Rentner geworden, begann er nun, seine schon früher und dann laufend gesammelten Informationen in 5 Büchern mit dem Titel "Fakten Spiegel" (Verlag R.G. Fischer, Frankfurt) niederzulegen. Faktenspiegel VI legt die systematische und planmäßi-

ge Einkreisung und Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs gegen Deutschland dar, die Hitler zu seinen Notwehrmaßnahmen (den Blitzkriegen) zwangen.

Fakten Spiegel VII ist eine Dokumentation zum Thema Holocaust aus amtlichen und behördlichen Veröffentlichungen, wie man sie in öffentlichen Bibliotheken findet, d.h. allgemein zugänglichen Quellen, aus denen sich jeder laut Art. 5 GG ungehindert (= straffrei) informieren darf. Die aus den Informationen gewonnenen Erkenntnisse darf man straffrei weitergeben (Art. 19 JP bürg R mit General-Comment Nr. 34 des UNO-Menschenrechtskomitees, Art. 10 EMRK und Art. 11 Grundrechte-

Charta der EU). In Deutschland darf jeder laut unverletzlichem Grundrecht in Art. 5 GG seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei äußern und verbreiten. Inzwischen haben wir aber einen Zustand erreicht, in dem nur noch deutschfeindliche Äußerungen toleriert werden. Das Wiedergeben von Fakten, selbst wenn sie aus amtlichen Dokumenten kommen, gilt als „Volksverhetzung“ und wird strafrechtlich verfolgt. Das Schlimme daran: Gerichte, die doch für Wahrheit und Recht da sein sollen, treten für Unwahrheit und Unrecht ein und verurteilen Tausende unschuldige Bürger. So wurde auch Höfs zu 10 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil er aus amtlichen Veröffentlichungen festgestellt hat,

daß nur etwa 3 Millionen Juden unter deutscher Herrschaft waren, und er die Frage stellte, wie dann 6 Millionen ermorden konnten, zumal nach den alljährlichen Veröffentlichungen des Bundesfinanzministeriums ca. 4,5 Millionen Überlebende Juden nach dem Krieg Wiedergutmachungsanträge gestellt haben. Arnold Höfs hat am 25. Januar seine Haft zunächst in der JVA Sehnde in Burgdorf im offenen Vollzug angetreten, wurde dann aber zwei Wochen später in den geschlossenen Vollzug der JVA Hannover verlegt, wo er am 15. Februar seinen 80. Geburtstag feierte. Ein vorzeitige Freilassung im Juli, lehnte das Gericht ab, da Höfs „eine Gefahr für die Öffentlichkeit“ darstelle.

Die Teufelsdiener

Zu den späten Holocaust-Verfahren

Der große Saal im Landgericht Neubrandenburg war am 28. März bis auf den letzten Platz gefüllt. Berichterstatter von Fernsehen und Presse u. a. aus den USA und Israel drängten sich, der Saal war eigens für diesen Zweck durch Zusammenlegung von zwei Räumen vergrößert worden, eine Sicherheitsschleuse und ein Raum für die Presse waren eingerichtet worden - da platzte das Verfahren! Zumindest vorläufig. Der Angeklagte, der 95-jährige Rentner Hubert Zafke, konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht erscheinen. Zwei Ärztinnen, darunter eine Amtsärztin, hatten Verhandlungsunfähigkeit attestiert.

Nun drohen die jüdischen Nebenkläger und das „Auschwitzkomitee“ tobt. Wer immer die Hintergründe dieses und ähnlicher Verfahren kennt, kann sich einer gewissen Schadenfreude nicht erwehren. Stehen Holocaustverfahren schon als solche seit jeher jeweils unter dem Verdacht des "Schauverfahrens" bei umstrittenem Tatnachweis, so werden sie in diesem wie ähnlich gelagerten Fällen gegen Greise zur Schande für die Justiz. Hubert Zafke ist nicht der einzige Greis, dem Solches widerfährt.

Es war der inzwischen pensionierte Oberstaatsanwalt Kurt Schrimm

von der Ludwigsburger NS-Ermittlungsstelle, der sich hier zweifelhafte Lorbeeren durch die Verfolgung von Greisen verdienen wollte, denn neben Herrn Zaffke waren die Herren Ivan Demjanjuk vor dem Landgericht München (2011), Oskar Gröning vor dem Landgericht Lüneburg (2015) angeklagt. Derzeit ist Reinhold Hanning vor dem Landgericht Detmold der "Beihilfe des Mordes" an mehreren Hunderttausend Juden angeklagt. In Hanau und Kiel sind weitere Verfahren vorgesehen, doch hat sich der alte Herr zu Hanau am 7. April seinem Strafverfahren durch Tod entzogen. Sämtliche Angeklagten waren und sind deutlich über 90 Jahre alt und damit an der absoluten Grenze ihres Lebens. Bei allen bisherigen Verfahren wurde ein ungewöhnlicher Medienrummel veranstaltet und alle diese Verfahren stehen unter dem dringenden Verdacht von Justizverbrechen.

Keiner der Angeklagten war an den vorgeworfenen Taten unmittelbar beteiligt, vielmehr waren alle als Sanitäter, Verwalter oder Wachleute lediglich zur falschen Zeit am falschen Ort. Der Bundesgerichtshof hatte in einem Urteil von 1969 jedoch darauf bestanden, daß eine persönliche Tatbeteiligung nachgewiesen werden

müsse. Der Ukrainer Ivan Demjanjuk verstarb seinerzeit in München, bevor der Rechtsweg ausgeschöpft werden konnte, so daß der Bundesgerichtshof nicht mehr zum Zuge kam und die vom Landgericht ausgesprochene Freiheitsstrafe im Raume stehen blieb. Herr Schrimm in Ludwigsburg triumphtierte, denn er glaubte, nun auch Greise 70 Jahre (!) nach der angeblichen Tat rechtlich verfolgen zu können. Allerdings muß der Oberstaatsanwalt die einschlägige Rechtsprechung kennen, ebenso die Staatsanwälte und Richter, die solche Verfahren betreiben und zulassen.

Was ist von Juristen zu halten, die unter dem Druck der jüdisch beherrschten "öffentlichen Meinung", offenen Rechtsbruch begehen? Wem dienen diese Leute? - Sie sind nicht als Opfer des "eingepflanzten Irreseins", also der "Umerziehung" genannten Gehirnwäsche zu entschuldigen, sondern sie sind vollverantwortliche Täter. Und was ist von einem Staatswesen zu halten, das solches zulässt?

Daß die Dinge in einem Rechtsstaat, der diese Bezeichnung verdient, so nicht laufen dürfen, liegt auf der Hand. (unbek. Berichterstatter)

Offener Brief von Ursula Haverbeck an die Medien

Zu den bundesweiten Berichten in den Medien über die Prozesse mit vierundneunzigjährigen ehemaligen Soldaten bzw. SS-Angehörigen

Sehr geehrte Redaktion!

Wann beginnen Sie endlich, sich von dem Odium Lügenpresse zu befreien? Wann beginnen Sie selbstständig zu denken?

Was hat denn dieser Herr Haning, heute vierundneunzig Jahre alt, verbrochen? Er war in einem mörderischen Krieg, der nicht von den Deutschen angezettelt wurde, als Soldat nach Auschwitz abkommandiert, um dort Wachdienst zu leisten.

Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die Deutschen berechtigt, Angehörige einer Nation, welche ihnen bereits 1933 zweimal (März und August) den Krieg erklärt hatten, zu internieren.

Wieso soll nun der damals zweiundzwanzigjährige Reinhold Haning die Verantwortung für Auschwitz und für dort geschehene Untaten haben?

Ihm selber konnte, wie auch dem Angeklagten Gröning in Lüneburg und anderen, persönlich keinerlei Beteiligung an Verbrechen nachgewiesen werden. Ihn nun für Auschwitz insgesamt verantwortlich machen zu wollen, das übersteigt meine Vorstellungskraft.

Es ist auch nicht zu begreifen, daß Juristen so etwas mitmachen. Wollen Sie jetzt alle Soldaten, Piloten, etc., die im Krieg andere Menschen brutalst getötet haben, die Wohngebiete der deutschen Arbeiter und Frauen und Kindern rücksichtslos in ein Flammenmeer verwandelt haben usw. und so fort, einzeln vor Gericht stellen und verantwortlich für das Kriegsgeschehen machen?

Haben Sie je einen Polen oder Russen oder Tschechen zur Verantwortung dafür gezogen, daß er Millionen Deutscher aus ihrer altangestammten Heimat vertrieben hat? Das ist doch purer Irrsinn! Herr Haning und auch Herr Gröning und auch Herr Zafke in Neubrandenburg haben überhaupt keine Verantwortung für die Konzentrationslager. Sie haben dort ihre Pflicht im Krieg - in einem mörderischen Krieg - getan, genauso wie die Bomberpiloten und andere Soldaten, die Untaten der Politiker auszuführen hatten.

Aus all Ihren Beiträgen zu den Prozessen in Detmold, Lüneburg und so weiter, wird doch nur eines deutlich, daß diese mit Rechtsprechung nichts zu tun haben. Auch für diese Angeklagten gilt Artikel 103 Grundgesetz, wo es eindeutig heißt: „Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, **bevor** die Tat begangen wurde.“

War die Abkommandierung des SS-Soldaten Reinhold Haning im Zweiten Weltkrieg nach Auschwitz eine gesetzlich bestimmte strafbare Handlung?

Natürlich ist vom menschlichen, und erst Recht vom christlichen Denken, jeder Krieg eine höchst fragwürdige Angelegenheit. Sie sollte mit allen Mitteln verhindert werden. Aber wenn sie schon durchgeführt wird, dann kann man weder den Soldaten noch den Offizier dafür verantwortlich machen. Sie haben Befehle auszuführen.

Die aufgebotenen Zeugen im Detmolder Prozeß sind überhaupt keine Zeugen im eigentlichen Sinne des Wortes. Sie haben weder Belastendes noch Entlastendes zu dem Angeklagten beitragen können. Sie erzählen ihre schrecklichen Erfahrungen und Leiden im Konzentrationslager Auschwitz und nennen pflichtschuldigst in jedem der Beiträge das Wort "ins Gas schicken" oder "Gaskammer". Es geht ausschließlich darum, den Holocaust zu retten, nachdem zuletzt in den Standort- und Kommandanturbefehlen eindeutig klar wird, daß Auschwitz ein Arbeitslager für die Rüstungsindustrie, aber kein Vernichtungslager war. Dem widersprechen auch die ausführlichen und beinahe schon enthusiastischen Beschreibungen des Krankenhauses in Auschwitz, welches nach Aussage eines polnischen Häftlings mit jeder Poliklinik hätte wetteifern können.

Warum befassen Sie sich nur mit dem Fehlverhalten von Politikern und Wirtschaftsmanagern bzw. Bankern? Warum blenden Sie das Fehlverhalten an den Gerichten der Bundesrepublik aus? Hier wird nicht mehr im Sinne des Grundgesetzes geurteilt.

Ich garantiere Ihnen, wenn Sie die juristische Situation in der Bundesrepublik genauso kritisch aufarbeiten würden, wie das Fehlverhalten von Managern, würden Ihre Auflagen in die Höhe schnellen.

Ursula Haverbeck

Widerstand!

Vom Umgang mit dem Ende der BRD

Rigolf Hennig

Trotz "Köln" scheinen viele unserer Landsleute noch immer nicht begriffen zu haben, was es mit dem anhaltenden Massenansturm von Menschen aus der Dritten Welt auf sich hat.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Umsetzung des Planes, das deutsche Volk - und damit alle Völker Europas - auszurotten, um die Welt beherrschen zu können.

Es geht um unser Überleben als Volk schlechthin - also um Sein oder Nichtsein!

Noch immer gibt es eine "Empfangskultur" durch "Gutmenschen", auch wenn diese überwiegend von gelenkten Medien und öffentlicher Hand gesteuert wird; noch immer schmarotzt eine aufgeblasene Flüchtlingsindustrie und noch immer heucheln die BRD-Offiziellen "Humanität" und verschaukeln die Deutschen mit geschichtlichen Lügen.

Tatsächlich handelt es sich um die Fortsetzung des Zweiten Weltkrieges mit anderen Mitteln. Und hierbei geht es längst nicht mehr um Sieg, sondern um Vernichtung.

Der damalige US-Präsident, F. D. Roosevelt, hatte im Zweiten Weltkrieg sein Mordquartett, bestehend aus Henry Morgenthau, Theodore Kaufmann, Lous Nizer und Earnest Hooton mit Vernichtungsplänen am deutschen Volk beauftragt. Alle vier Verbrecher waren sich einig, daß das deutsche Volk als solches für immer zu verschwinden habe. Hooton war es, der dieses Ziel im Wege der Vermischung mit Massen an raumfremden Menschen erreichen wollte. Er griff damit den Langzeitplan des entarteten Grafen Coudenhove-Kalergi auf, des Gründers und ersten Vor-

sitzenden der Paneuropaunion von 1925, nach dessen Vorstellungen das Europa der Zukunft von einer eurasisch-negroiden Mischrasse bewohnt sein sollte, beherrscht von einer jüdischen Adelsschicht.

Genau dieser Plan tritt jetzt in sein Endstadium. Kräfte hinter den Vereinigten Staaten, welche die Welt beherrschen wollen, die "Einweltler" oder, treffender, die Zionisten, müssen zu diesem Zweck zunächst die Völker beseitigen, zunächst das deutsche. Der uns durch R. Melisch bekannt gewordene Globalisierer Thomas Barnett forderte 2005 in unverfrorener Offenheit "die Gleichschaltung aller Länder der Erde und den ungehinderten Strom von Einwanderern." Er versäumt dabei nicht, mögliche Gegner zu warnen: "...sollten sie Widerstand leisten, fordere ich: tötet sie! (I say: kill them!)" und liefert damit die Begründung für den Widerstand mit gleichen Mitteln aus Notwehr.

Es handelt sich um das gefährlichste organisierte Verbrechersyndikat, das die Welt je heimgesucht hat, das allenthalben Kriege lost, Hekatomben an Toten für Kriegsgewinne opfert. Mit ihnen verglichen sind die italienische Mafia oder die chinesischen Triaden die reinsten Stümper.

Wer nun immer diesen Krieg mit anderen Mitteln, wo Menschen gegen Menschen zum Einsatz kommen, fortsetzt, und das auch noch gegen das eigene Volk, das er doch gemäß Amtseid vor Schaden bewahren sollte, der ist - ja, Sie liegen richtig - ein Verbrecher. Die Kanzlerin Merkel ist in der Tat außerordentlich erfolgreich, nur nicht zum Wohle ihres eigenen Volkes, sondern zum Vorteil der Feinde Deutschlands, die ihr dafür 2011 den Coudenhove-Kalergi-Preis

verliehen.

Und wer dann noch die Eindringlinge mit Kuchen und Musik empfängt ist so hoffnungslos verblödet, daß er zur Gefahr für sein eigenes Volk wird.

Auch die "Flüchtlinge" sind in diesem grausamen Spiel Opfer. Die Kräfte hinter den Kulissen haben gezielt deren Heimat zerstört und schleusen ebenso gezielt die erwarteten Flüchtlingsströme Richtung Europa.

Die Europäische Aktion bietet mit ihren sieben Zielen das Konzept zur Rettung in der Not. Sie lauten:

1. Wiederherstellung der freien Rede
2. Abzug aller fremden Truppen (Austritt aus NATO und EU)
3. Repatriierung außereuropäischer Einwanderer
4. Staatliche Selbstbestimmung für die Deutschen (und alle Europäer)
5. Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft („Europa der Vaterländer")
6. Überführung des Geld- und Medienwesens ins Volkseigentum
7. Wiederaufbau der Tradition - Kampf der Dekadenz und Naturzerstörung.

Mit dem Erreichen dieser Ziele wäre die tödliche Gefahr gebannt und eine glänzende Zukunft gesichert. Allerdings wird uns diese nicht geschenkt. Das Gebot der Stunde heißt daher: WIDERSTAND. Dieser beginnt mit Aufklärung über die Zusammenhänge wie oben geschehen. Aufklärung und nochmals Aufklärung ist nun Pflicht für Jedermann. Zudem bürgerlicher Ungehorsam und passiver

Widerstand. Das heißt, offensichtlich schädliche und rechtswidrige Anordnungen von "oben" (etwa "Integration" von Eindringlingen) nicht umzusetzen. Landräte und Bürgermeister, aber auch Polizisten und Soldaten müssen sich entscheiden, ob sie einem internationalen Verbrechersyndikat dienen wollen oder ihren eigenen Volk. Höfliche, aber bestimmte Abweisung aller Eindringlinge. Aktiver Widerstand in Gestalt von Wortergreifung, Mahnwachen, Massendemonstrationen, u.a.m.

Bildung von Bürgerwehren mit zulässiger Bewaffnung. Vorsorge für Notzeiten - Körperertüchtigung -

... und: Kinder! Deutsche Kinder jetzt oder nie. Es ist der einzige Weg, unser Volk auf Dauer zu retten - eine Art biologischer Kriegsführung.

Wenn die BRD zusammenbricht:

Sicherung in Rückzugsgebiete (die vorher zu organisieren sind)

Bildung von Freikorpsverbänden und Rückeroberung verlorener Gebiete

Bildung einer Notstandsregierung

Rückendeckung durch Resteuropa und Russland

Wiederbelebung der Weimarer Reichsverfassung von 1919

Herstellung des "Europa der Vaterländer".

Die Aussichten sind nicht so schlecht: Wir haben den Heimvorteil, alle Völker Europas sitzen mit Deutschland in einem Boot, Rußland und die SOZ (Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit) werden Rückendeckung bieten. Wir müssen allerdings beweisen, daß wir uns selbst wehren können!

Festung Europa: Die Prager Erklärung

Überall in Europa wächst der Widerstand gegen die Masseneinwanderung. Ausgehend von der deutschen Pegida-Bewegung, haben sich auch in anderen Ländern ähnliche Bewegungen gegründet. In Prag kam es zu einem Koordinationstreffen. Neben den deutschen Pegida-Vertretern Tatjana Festerling und Lutz Bachmann haben am 23./24. Januar 2016 in Prag folgende Länder an einem Treffen zur „Vernetzung der Patrioten Europas“ teilgenommen oder waren zugeschaltet:

Tschechien, Slowakei, Polen, Österreich, Bulgarien, Holland, Finnland, Estland und Italien. Die Gruppe werde sich „Festung Europa“ nennen und hat das Ziel „unser Europa, so wie wir es kennen und lieben, zu erhalten.“

Die Gruppe hat folgende Erklärung verfaßt, die am Abend des 25.1.2016 in Dresden von Tatjana Festerling verlesen wurde.

„PRAGER ERKLÄRUNG“

„Im Bewußtsein der Tatsache, daß die tausendjährige Geschichte der westlichen Zivilisation schon bald ein Ende haben könnte – durch die Isla-

mische Eroberung Europas und der Tatsache, daß die politischen Eliten uns verraten haben, erklären wir, die Vertreter der verschiedenen europäischen Nationen, Folgendes:

Wir werden Europa nicht unseren Feinden überlassen. Wir sind bereit, uns zu erheben und uns gegen den politischen Islam, gegen extreme, islamische Regime und ihre europäischen Helfer zu stellen.

Wir sind bereit, unsere Freiheit, unser Vermögen, unsere Berufe und Karrieren zu riskieren und vielleicht auch unser Leben – so wie es Generationen vor uns getan haben. Es ist unsere Pflicht gegenüber den künftigen Generationen.

Wir weigern uns, uns einer europäischen Zentralregierung zu unterwerfen. Die Regeln der globalen Eliten haben uns Armut, Arbeitslosigkeit, Korruption, Chaos und den moralischen Zusammenbruch gebracht.

Es ist an der Zeit, dies zu beenden.

Wir respektieren die Souveränität der europäischen Nationen und das Recht der Menschen in allen euro-

päischen Ländern, ihre Angelegenheiten zu regeln, wie sie es für richtig halten.

Wir erachten es als heiliges Recht der Bürger aller europäischen Länder, ihre Grenzen zu schützen und zu entscheiden, welche Migranten sie akzeptieren und welche sie in ihren Ländern nicht akzeptieren.

Wir verweisen auf unsere gemeinsamen europäischen Wurzeln, Traditionen und Werte, sowie die historischen Allianzen unserer Nationen. Wir sind entschlossen, Europa, die Redefreiheit und alle anderen bürgerlichen Freiheiten, sowie unsere Art des Zusammenlebens zu schützen.“

Europäische PEGIDA

Dresden, 25.01.2016

Von der Lagebeschreibung zum Widerstand

C. Pichlo

Immer unverhohlener werden die scheindemokratischen Einrichtungen in Europa und in den einzelnen europäischen Nationen zur Farce! Immer schamloser, weil immer siegessicherer, werden die Fundamente für die "Vereinigten Staaten von Europa" gelegt, die bereits ohne jegliche demokratische Elemente auskommen und so konzipiert sind, dass sie nahtlos in die "Neue Weltordnung" passen.

An der ständig zunehmenden Geschwindigkeit und der Skrupellosigkeit, mit der z.B. bei uns die Reste der Scheindemokratie entsorgt werden, lässt sich leicht erkennen, wie nahe der Punkt bereits ist, an dem es für uns Deutsche und auch für die übrigen Europäer kein Zurück mehr gibt. Für uns Deutsche wurde er meiner Meinung nach bereits längst überschritten. Aber, hat es diesen Punkt für uns Deutsche überhaupt jemals nach 1945 gegeben? Sind wir nicht seit damals einem der furchtbarsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte anheimgefallen, das



Wirksame Grenzsicherung?

Spitzweg: „Der strickende Vorposten“

durch ein induziertes Irresein einem ganzen Volk seine Identität raubte, und es dann in die Sklaverei führte, ohne daß dieses es - bemerkte bzw. merken wollte? Erst heute, nachdem nun die kalte Fratze der "Neuen Weltordnung" zügig aus der Kulissee tritt,

um die Bühne zu beherrschen, jetzt wird den Deutschen langsam (viel zu langsam) klar, in welchem Stück sie da gelandet sind! Eine griechische Tragödie nannte es ein amerikanischer Bekannter aus der Schweiz.

Der Nord-Süd-Korridor

Eine geopolitische Betrachtung von F. William Engdahl

Russland, Iran und Aserbaidschan verständigen sich auf einen bahnbrechenden Verkehrskorridor.

Da sich die westlichen Mainstreammedien derzeit vor allem auf das jüngste Aufflackern der militärischen Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan im anhaltenden Konflikt über die gebirgige armenische Enklave Bergkarabach in Aserbaidschan konzentrieren, ist ihnen eine wichtige Ankündigung des russischen Außenministers Sergei Lawrow weitgehend entgangen. Nach den Gesprächen mit seinen iranischen Amtskollegen hatte Lawrow erklärt, man werde jetzt mit der Verwirklichung des seit Langem diskutierten Nord-Süd Ver-

kehrskorridors entlang des Kaspischen Meeres beginnen. Bedeutsam ist hierbei, dass auch Aserbaidschan einer Beteiligung an dem Vorhaben zugestimmt hat. Dies deutet darauf hin, dass es der russischen Diplomatie auf der Grundlage des Konzepts der Entwicklung der wirtschaftlichen Infrastruktur wieder einmal gelungen ist, den Bestrebungen Washingtons, zur Aufrechterhaltung seiner im Niedergang begriffenen weltweiten Vormachtstellung in aller Welt Kriege vom Zaun zu brechen, zunächst einmal einen Riegel vorzuschieben. Nur wenige Stunden nachdem Aserbaidschan im Rahmen des Konflikts um Bergkarabach seine Pläne für einen umfassenden Militäreinsatz aufgegeben hatte - obwohl der zunehmend

verzweifelte türkische Präsident Erdogan offen auf einen solchen drängte -, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow vor zahlreichen Medienvertretern, Russland, der Iran und Aserbaidschan hätten sich darauf geeinigt, Gespräche zur Umsetzung des Nord-Süd-Verkehrskorridors aufzunehmen. Begleitet wurde Lawrow dabei von seinem iranischen Amtskollegen Jawad Zarif und dem aserbaidschanischen Außenminister Elmar Mamamdyarow. "Wir haben über Fragen im Bereich der konkreten Zusammenarbeit gesprochen. Wir stimmten überein, dass unsere jeweiligen betreffenden Behörden nun damit beginnen werden, bestimmte praktische Aspekte der Verwirklichung des Nord-Süd-

Verkehrskorridors entlang der Küste des Kaspischen Meeres im Detail zu erörtern. Diese Maßnahmen sehen die Beteiligung der Verkehrsministerien vor, die sich hinsichtlich der technischen und finanziellen Parameter des Vorhabens absprechen sollen. Dies schließt auch eine zukünftige Zusammenarbeit der Zollbehörden und Konsulate ein. Darauf haben wir uns heute verständigt", sagte Lawrow.

Die Vervollständigung des Goldenen Dreiecks

Diese Vereinbarung zwischen Russland, dem Iran und Aserbaidschan stellt einen gewaltigen Schritt in Richtung Stabilisierung des größten Wirtschaftsraumes der Welt - des Eurasischen Kernlandes - dar. Diese Großregion, so wurde der führende britische Geopolitiker Sir Halford Mackinder im Rahmen seiner sogenannten »Heartland«-Theorie seit Anfang des 20. Jahrhunderts nicht müde zu warnen, bedeute die einzige wirkliche Bedrohung der anhaltenden Vorherrschaft des britischen Empire und seiner amerikanischen Erben, des Amerikanischen Jahrhunderts.

Dieser direkte moderne Verkehrskorridor, der seit Beginn der ersten Gespräche im Jahr 2002 als "Nord-Süd-Verkehrskorridor" bekannt ist, soll letztlich Indien, den Iran und Aserbaidschan mit den Ländern und Märkten der Eurasischen Wirtschaftsunion verbinden, zu der nicht nur Armenien, sondern auch Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Weißrussland gehören. Diese Verkehrsverbindungen werden die Volkswirtschaften ganz Eurasiens von Russland bis hin zu Indien, das ebenfalls der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) angehört, umgestalten. Zu den Mitgliedern der SOZ, deren strategische Bedeutung ständig wächst, gehören China, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan. In diesem Jahr werden Indien und Pakistan formell als Vollmitglieder aufgenommen, und es wird erwartet, dass man auch dem Iran, der gegenwärtig noch einen Beobachterstatus innehat, nach der Aufhebung der Wirtschaftssanktionen noch in diesem

Jahr eine Vollmitgliedschaft anbietet. Chinas Staatspräsident Xi Jinping erklärte während seiner wichtigen Gespräche im Januar in Teheran, sein Land unterstützte eine iranische Vollmitgliedschaft. Beide Länder stimmten formell einer iranischen Beteiligung an dem Jahrhundertprojekt der Neuen Seidenstraße "One belt, one road" zu, das in ganz Eurasien unter der Führung Chinas vorangetrieben wird. Mit dem Verkehrskorridor Teheran-Moskau liefert der Iran nun das letzte fehlende Teilstück des Goldenen Dreiecks Peking-Teheran-Moskau - ein wichtiger wirtschaftlicher und geopolitischer Fortschritt.

Volkswirtschaftliche Folgen des Verkehrskorridors

Die endgültige Errichtung des Nord-Süd-Verkehrskorridors wird den Wirtschaftsraum ganz Eurasiens maßgeblich umgestalten. Zu diesem Verkehrskorridor gehören moderne Wasserstraßen, Eisenbahntrassen und Straßennetze, auf denen dann Güter zwischen Indien, dem Iran, Aserbaidschan, Russland und Zentralasien transportiert werden können. Und sollte die Europäische Union wieder zur Vernunft kommen, die Unterstützung für die ukrainische Kriegsregierung einstellen und die Sanktionen gegen Russland falllassen, wäre auch eine Anbindung der dahinsiechenden Volkswirtschaften der EU möglich. Der neue Korridor wird einige der weltweit größten Städte wie Mumbai, Moskau und Teheran mit der iranischen Hafenstadt Bandar Anzali miteinander verbinden. Und von dort geht es dann weiter etwa zum russischen, am Kaspischen Meer gelegenen Hafen Astrachan an der Mündung der Wolga. Im Jahr 2014 fanden erste Probeläufe für zwei Routenverläufe statt. Die erste Route verlief von Mumbai über den iranischen Hafen an der strategisch wichtigen Straße von Hormus, einer wichtigen Meerenge des Persischen Golfs, durch die Erdöl und Flüssiggas verschifft werden, bis nach Baku. Die zweite Route verlief von Mumbai über Bandar Abbas am Persischen Golf, Teheran und den iranischen Hafen Bandar Anzali am Kaspischen Meer zum russischen Hafen Astrachan. Mit diesen Probeläufen wollte

man wichtige Engpässe ermitteln und die damit zusammenhängenden Probleme lösen. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigten, dass die indisch-russischen Transportkosten um 2500 Dollar pro 15 Tonnen Nutzlast« gesenkt werden konnten.

Nach einer anderen Studie des Indischen Verbands der Güterspediteure ist diese Route um "bis zu 30 % günstiger und um 40 % kürzer als die traditionellen Routen." Die gegenwärtig übliche Route verläuft von Mumbai über das Rote Meer und den Suezkanal, das Mittelmeer und die Straße von Gibraltar bis zum Ärmelkanal und dann weiter bis nach Sankt Petersburg und Moskau. Ein Blick auf die Landkarte macht deutlich, dass diese Route in strategischer Hinsicht sehr anfällig für Sperrungen durch die NATO oder die USA ist.

Mit dem von den USA organisierten Staatsstreich im Februar 2014 in der Ukraine kam eine vom amerikanischen Außenministerium handverlesene Schar "proamerikanischer", korrupter Oligarchen und "Neonazis" ans Ruder. Auf diese Weise sollten die Beziehungen zwischen Russland und der EU nachhaltig gestört werden. Diese Entwicklung führte dazu, dass die Pläne für den Nord-Süd-Verkehrskorridor erst einmal zurückgestellt wurden. Da gegenwärtig das Infrastrukturprojekt der Neuen Seidenstraße "One belt, one road" konkrete Formen annimmt, eröffnete der Nord-Süd-Verkehrskorridor unter Beteiligung Russlands, des Irans und Aserbaidschans zusätzlich nun die Möglichkeit eines integrierten wirtschaftlich, politisch und militärisch zusammenhängenden Großraums, der schon bald den Beginn eines, wie es spätere Historiker einmal nennen werden, eurasischen Jahrhunderts markieren könnte, da das Amerikanische Jahrhundert und damit die aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs entstandene weltweite amerikanische Vorherrschaft dabei sind, ähnlich wie das Römische Weltreich im 4. Jahrhundert, unterzugehen. Wieder einmal beweist der Osten sein enormes schöpferisches Potenzial, während der Westen offenbar nur eines erfolgreich kann: zerstören.

Wer Deutschland kaputt schlägt

Eva Herman

Wer sich in diesen Tagen verwundert die Augen reibt, weil sein Land gerade kaputtgeht, und niemand etwas dagegen unternimmt, der wünscht sich nur, der Albtraum möge schnell vorübergehen.

Doch es ist kein Traum, sondern böse Wirklichkeit. Und sie hat gerade erst angefangen. Und es ist richtig: Niemand, der hier angeblich etwas zu melden hat, tut etwas gegen den Wahnsinn. Warum?

Ganz einfach: Er beziehungsweise sie dürfen nicht. Denn es gibt fertige Strategien, die längst aktiviert wurden, um unser Land zu zerstören. Die Maschinerie ist bereits vor Jahren angelaufen, ohne dass hier jemand etwas groß davon mitbekommen hätte. Jetzt, angesichts des Einwanderungschaos mit allen seinen furchtbaren Folgen von Gewalt, Unruhen, Kriminalität und Terrorismus suchen wir fieberhaft nach Rettung. Doch es wird weder Rettung noch Hilfe geben, denn die Netzwerke arbeiten längst Hand in Hand, der Plan ist Realität geworden.

Zugegeben, der Stoff ist nichts für schwache Nerven, aber sehen wir den Tatsachen dennoch ins Gesicht: Die Zerstörung Deutschlands und Europas ist von bestimmten Personen beschlossen worden, und sie wird Schritt für Schritt umgesetzt. Was kann uns helfen? Nur noch ein Wunder!

Der Albtraum wurde von mächtigen Strippenziehern entworfen, von skrupellosen Individuen, die unendlich viel Geld haben und noch mehr Macht. Sie sind so mächtig, daß sie bestimmen können, was unsere Medien veröffentlichen dürfen und was nicht, was unsere Polizei sagen darf und was nicht, was unsere Politiker entscheiden dürfen und was nicht. Sie bestimmen auch, wie viele Flüchtlinge in unser Land dürfen, sie lassen zu, dass zahllose Kriminelle und Ter-

roristen darunter sind. Es stört sie nicht, daß inzwischen etwa 300.000 dieser Leute unregistriert bei uns untergetaucht sind, es scheint ihnen auch recht zu sein, daß immer neue Terrorzellen entstehen, hier, im ehemals beschaulichen Deutschland. Diese Mächtigen bestimmen ebenso, dass unsere Gesetze zugunsten der meist muslimischen Einwanderer ausgehebelt werden, und daß wir, die deutsche Bevölkerung, alles dies akzeptieren sollen, daß wir sogar behilflich sein müßten bei der Vernichtung unserer Kultur. Wer das nicht will, weil sich in seinem Innern alles dagegenstemmt, der lebt gefährlich. Denn die Machtelite hat längst Gesetze in Brüssel ersonnen, mit deren Hilfe sie sogar Strafbefehle ausstellen lässt gegen die somit als "Nazis" Gebrandmarkten.

Oh, ja, die Mächtigen sind auf der Überholspur: So kommt es auch nicht von ungefähr, dass die deutsche Kanzlerin auf immer verbohrtere Weise darauf beharrt, daß wir das schaffen! Längst ahnen wir, daß sie das selbst nicht glaubt.

Inzwischen weiß man sogar Namen dieser Herrscher. Sie sind nämlich nicht mehr so unsichtbar, wie sie es sich vielleicht wünschen. Wir wollen uns heute mit einem dieser einflußreichen Männer befassen, der ein Riesenrad dreht, und der derzeit die Strukturen, zu denen die Kultur, Tradition und Identität Deutschlands und Europas gehören, vorsätzlich kaputt schlagen lässt. Der Mann heißt **George Soros** und ist ein in den USA lebender Multimilliardär. Geboren wurde er in Ungarn als György Schwartz, andere Quellen behaupten, als Djchdzhe Shorash. Es ist der hervorragenden Recherchearbeit der Journalistin Friederike Beck zu verdanken, dass wir über die dunklen Wege des George Soros nun Erhellung erhalten. Denn bislang war er vorwiegend nur als Spekulant der ganz großen Sorte bekannt. In

ihrer Arbeit zeichnet Beck die Verbindungswege auf, die alle zum selben Ziel führen: So viele Einwanderer wie möglich nach Europa, vorzugsweise nach Deutschland, zu bringen, innerhalb kürzester Zeit. Einige Fakten:

Soros gibt sich als milder Wohltäter. Sein Hauptthema weltweit: Flüchtlinge. Soros gründete zahllose Stiftungen und seine Stiftungen wiederum unterstützen viele Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie den Pro-Asyl-Konzern oder die Caritas, die längst erheblichen Einfluss auf weltweite Regierungsentscheidungen nehmen. Soros wichtigste Stiftungseinrichtung dürfte die Open Society Foundation sein, die maßgeblich an der "Öffnung" Osteuropas und ehemaliger Sowjetrepubliken beteiligt war, indem sie das Anschieben farbiger Revolutionen mitfinanzierte. Die Open Society Foundation kümmert sich in erster Linie um internationale Immigrationsinitiativen.

Die wirre Philosophie: „Immigration“ soll nicht verhindert, sondern als Menschenrecht weltweit gefördert werden. Dazu ist es in erster Linie wichtig, durch Zentralisierung, Unruhen, Revolutionen und Kriege die einzelnen Nationalstaaten zu zerstören wie auch deren Grenzen zu öffnen. Das beherrschen die Mächtigen dieser Erde bekanntlich perfekt, die halbe Welt liegt bereits in Schutt und Asche.

Im Herbst 2015 forderte Soros auf einer seiner Webseiten freies Geleit für jeden Flüchtling nach Europa. Der Kontinent sah durch Schengen eh schon aus wie ein Sieb. Wörtlich: "Als Erstes hat die EU für die absehbare Zukunft eine Million Asyl-Sucher pro Jahr zu akzeptieren." Weiter hieß es: "Die EU muss 15.000 Euro pro Asylsucher in jedem der beiden ersten Jahre bereitstellen." Und: "Man sollte Flüchtlinge dort hinlassen, wo sie hinwollen und wo sie gewollt sind." Damit die "Flüchtlinge" auch den Weg zu

uns finden, schlägt Soros sichere Kanäle vor. Friederike Beck dazu: "Soros möchte somit eine Pipeline nach Europa installieren, die nicht Öl oder Erdgas, sondern Menschen nach Europa pumpt." Damit die "Flüchtlinge" auch sicher hierher gelangen, sponserte der Multimilliardär eines der bestorganisierten Flucht-Netzwerke, das durch Pro Asyl unterstützte Projekt **w2eu**.

W2eu ist verantwortlich für die Veröffentlichung eines Heftchens für "Flüchtlinge", eines Flucht-Ratgebers mit Tipps, Landkarten, wichtigen Telefonnummern von Hilfsorganisationen, um Europa sicherer zu erreichen.

Zu den wichtigsten Pro-Immigrations-NGO, die Soros sponsert, gehört das in Brüssel einflussreiche EPIM (Eu-

ropean Programme for Integration and Migration). Es überwacht unter anderem die Medienberichterstattung in Europa. Schon 2012 hieß es dort, Europa sehe sich zunehmendem "Populismus" ausgesetzt, die Politik- und Mediendebatte sei immer stärker polarisiert. Kurz darauf wurden EU-weite Kontroll- und Monitoring-Programme eingesetzt, auf deren Grundlage seither die Medien zum Thema Immigration streng überwacht werden. Politisch unkorrekte Übeltäter wie Ungarn oder Tschechien werden seither öffentlich abgestraft. Wer sich also wundert, daß Deutschlands Massenmedien meist gleichgeschaltete Unwahrheiten berichten, mag hier einige Gründe erkennen. Das EPIM-Partnernetzwerk ist riesig: Es hat heute über 450 Organisationen in 45 europäischen von Immigration betroffenen Staaten als

Partner, die es mitfinanziert. Wer bei EPIM unterkommt, erhält nicht nur Geld, sondern auch vielzählige Einladungen nach Brüssel. Dort wird er zielgerichtet und "migrationskonform" geschult und umerzogen. Friederike Beck: "Da 2005 mehr und mehr nationale Kompetenzen nach Brüssel verlagert wurden, entschloss man sich, EPIM zu lancieren, um direkt vor Ort Migrations- und Asyl-Politik mitzugestalten."

Die Netzwerke laufen also wie geschmiert. Das Ziel steht fest. Und wir? Warten auf das Wunder.

Quelle: <https://deutschelobbyinfo.com/2016/01/21/wer-deutschland-kaputt-schlaegt-von-eva-herman/>

Die „Panama Papers“ und die CIA

von Udo Ulfkotte
(aus dem Weltnetz)

Bislang galten Mutmaßungen, nach denen die "Panama Papers" genannten Enthüllungen ein Werk der CIA sein könnten, als krude Verschwörungstheorie. Die wird nun allerdings ausgerechnet von jenem Whistleblower öffentlich gestützt, der den größten Schweizer Bankenskandal der Geschichte an die Öffentlichkeit brachte.

Bradley Birkenfeld ist ein amerikanischer Bankmanager, der als Vermögensverwalter für die Schweizer Großbank UBS arbeitete. Er lieferte den US-Behörden die ersten Beweise dafür, dass Schweizer Banken wohlhabenden Amerikanern systematisch bei der Hinterziehung von Steuern geholfen haben.

Die Enthüllungen von Birkenfeld sind weltweit gefürchtet. Denn er ist der Whistleblower des größten Schweizer Bankenskandals und übergab der US-Steuerbehörde IRS 2007 alle erforderlichen Dokumente und

Informationen, damit die USA gegen die Bank UBS und gegen steuerhinterziehende Amerikaner vorgehen konnten.

Der Schweizer Bank UBS drohte international das Ende, überleben konnte sie nur, weil sie die Namen von rund 5000 amerikanischen Steuerhinterziehern herausgab und 780 Millionen Dollar Strafe zahlte.

Birkenfeld war Kronzeuge beim Prozess gegen die Bank UBS. Wenn Bradley Birkenfeld über Schwarzgeld spricht, dann weiß er also, wovon er redet. Und eben dieser Bradley Birkenfeld hat nun in einem international Aufsehen erregenden Interview mit dem US-Sender CNBC über die Hintergründe der "Panama Papers" gesprochen. Danach sind jene Journalisten, welche nun für ihre "Enthüllungen" gelobt werden, wohl auf einen Coup der CIA hereingefallen und werden derzeit als willfährige Werkzeuge der CIA missbraucht. Darüber

hatte in Deutschland auch schon der unabhängige Informationsdienst Kopp Exklusiv berichtet.

Whistleblower Bradley Birkenfeld sagt nun: "Ich bin fest davon überzeugt, dass die CIA hinter dieser Operation steht." Er wisse nicht nur, daß die US-Geheimdienste CIA und NSA über die technischen Fähigkeiten verfügten, sich die Datensätze zu beschaffen.

Er habe auch schon als Banker in der Schweiz die Briefkastenfirma Mossack Fonseca gekannt und die Entwicklung aus dem Hintergrund verfolgt. Whistleblower Bradley Birkenfeld fragt nun vor allem, warum keine Namen von wohlhabenden Amerikanern in Zusammenhang mit den Panama Papers veröffentlicht werden und auch keine Namen bekannter US-Politiker.

Vor diesem Hintergrund erhalten Berichte, nach denen auf der Liste der

"Panama Papers" auch die Namen ausländischer Geheimdienstagenten stehen, eine besondere Brisanz. Deren namentliche Veröffentlichung in Zusammenhang mit ihrer Geheimdiensttätigkeit bedeutet für sie und für ihre Arbeitgeber den GAU. Und es macht Sinn, daß auf der Liste - wie von den aus dieser Perspektive in Wahrheit von der CIA gesteuerten "Enthüllungsreportern" behauptet - auch die Namen von Verbündeten der US-Geheimdienste stehen.

Das wäre jedenfalls eine typische Geheimdienstmethode, um unliebsam gewordene "Freunde" abzuschalten. Auf die Frage, warum auch der Name des britischen Premierministers Cameron auf der Liste auftauche, antwortete Whistleblower Bradley Birkenfeld, daß es sich dabei wohl um einen "Kollateralschaden" einer großen Geheimdienstoperation handele.

Der Whistleblower Bradley Birkenfeld wird von deutschen Medien ignoriert. Die wissen vielleicht ganz genau, was da im Hintergrund läuft und arbeiten als willfähige Erfüllungsgehilfen der US-Geheimdienste. Ganz sicher werden sie für ihre "Enthüllungen" irgendwann von den US-Denkfabriken im Umfeld der CIA belohnt werden.

Die Türkei verkauft „Flüchtlinge“

von Rigolf Hennig

Die Türkei will der EU tatsächliche und angebliche Flüchtlinge für einige Milliarden Euro verkaufen und dafür andere „Flüchtlinge“ zurücknehmen. Zunächst war von drei Milliarden Euro die Rede, inzwischen sind es sechs. Das sind im Zweifel die hart erwirtschafteten Gelder überwiegend deutscher Steuerzahler.

Nach dem Schacher zu Brüssel vom 18. März sind die Dinge kaum noch zu durchschauen. Nun sind in der EU „zunächst“ 72 000 Plätze für die Übernahme von „legal“ in der Türkei lebenden „Flüchtlingen“ vorgesehen. Im Zweifel handelt es sich hierbei um die radikalen syrischen Islamisten, die vor der legalen Assadregierung geflohen sind. Dafür will die Türkei „irregulär“ ab 20. März auf die griechischen Inseln gelangte Eindringlinge im Verhältnis 1 : 1 zurücknehmen. Von den Zehntausenden, die seit der Schließung der Balkenroute in Griechenland festhängen, ist dabei keine Rede. Nach Hörensagen werden diese auf Schleichwegen mit privaten Bussen nach Deutschland geschleust.

Unterm Strich handelt es sich vordergründig hinsichtlich des „Flüchtlings“-Austausches um ein Luftgeschäft, das die Gesamtzahl der Eindringlinge nicht mindert, aber die EU - und mithin in erster Linie die BRD - sechs

Milliarden Euro kostet; dazu soll der Beitritt der Türkei in die EU beschleunigt - und der Sichtvermerk für alle einreisenden Türken „liberalisiert“ werden. Das bedeutet eine weitere Lawine türkischer Eindringlinge, während gleichzeitig die Italienroute für Eindringlinge aus Nordafrika und als Ausweichroute für Eindringlinge aus Nahost sperrangelweit offenbleibt.

Fürwahr ein seltsamer Handel, wo doch für Deutschland und Europa keinerlei Pflicht zur Aufnahme von Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtlingen besteht, schon gar nicht aus sicheren Drittländern.

Unübersehbar ist bei diesem Kuhhandel, daß die EU gar nicht daran denkt, den Zustrom an Eindringlingen zu drosseln oder gar zu wenden. Vielmehr setzen die Machthaber zu Brüssel den Hootonplan von 1943 zur Vernichtung zunächst des deutschen - und inzwischen aller europäischen - Völker durch Vermischung und Verdrängung folgerichtig um und streuen der Öffentlichkeit Sand in die Augen. Im Rahmen der gegebenen Vereinbarungen wäre Griechenland als Außenposten der EU in der Pflicht, alle Eindringlinge aufzuhalten und dazu auch unschwer in der Lage.

Wegen der Dauerspannungen mit der Türkei wegen der völkerrechtswid-

rig weggenommenen griechischen Siedlungsgebiete in Kleinasien unterhält Griechenland einen unverhältnismäßig großen Militärapparat, nicht zuletzt im Bereich der Kriegsmarine - gemeinsame Mitgliedschaft von Griechenland und der Türkei in der NATO hin oder her.

Hier bräuchte die EU dem bedürftigen Griechenland nur den Brotkorb höher zu hängen, d.h., keine Hilfen mehr zukommen zu lassen, um Griechenland in die Gänge zu bringen. Und wenn das wider Erwarten nicht ausreichen sollte, dann ergäbe der zusätzliche Einsatz der ohnehin im Mittelmeer operierenden Kriegsmarine verschiedener EU-Länder in der Ägäis Sinn.

Selten sind die Europäer und vor allem die Deutschen mehr zum Narren gehalten worden als bei diesem Kuhhandel mit der Türkei. Hier ist ein grundsätzlicher Politikwechsel dringend angesagt.

Die „Bilderberger“ in Deutschland

von Andreas von Rétyi

Am Wochenende (den 9. April) wurde bekannt, dass die diesjährige Bilderberg-Konferenz in Deutschland stattfinden soll. Als Tagungsort wird jetzt das Kempinski-Hotel Taschenbergpalais in Dresden genannt. Dass sich die "Hohepriester der Macht" zum US-Wahljahr 2016 in Deutschland treffen, hätte niemand erwartet.

Eigentlich scheint alles wie immer zu sein: Die Bilderberger werden sich auch im Jahr 2016 treffen.

Die Tagung findet wie so oft im Juni statt und wie gewohnt in einem Luxushotel. Auch die übliche Abschottung dürfte nicht zu kurz kommen. Dennoch wundern sich "Bilderberg-Beobachter" über die Entscheidung, das diesjährige Treffen in Dresden abzuhalten.

Der Grund für jene Irritation ist schnell erklärt: Wegen der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen wäre den bisherigen Gepflogenheiten zufolge viel eher mit einer Konferenz auf US-amerikanischem Boden zu rechnen gewesen. Die vorherigen drei Treffen fanden allesamt bereits in Europa statt: Im Jahr 2013 zogen sich die Bilderberger ins britische Watford zurück, 2014 folgte die dänische Hauptstadt Kopenhagen, im vergangenen Jahr tagte die Weltelite dann in Telfs-Buchen (Österreich).

Dem üblichen Schema folgend waren nun wieder die USA an der Reihe gewesen. So machte bereits die Vermutung die Runde, man werde sich im Jahr 2016 erneut in Chantilly bei Washington treffen. Das Westfields Marriott Hotel diente den Bilderbergern bereits mehrfach als Tagungsort. Nun sieht alles also ganz anders aus. Deutschland rückt in den Fokus.

Auch die etablierten Medien können sich mittlerweile nicht mehr davor drücken, zumindest verhalten über

Bilderberg zu berichten. Andernfalls wäre die Glaubwürdigkeit komplett dahin. Trotzdem wird das Thema in den großen TV-Nachrichten weiterhin totgeschwiegen oder aber verharmlost. Diesmal wird das sicher nicht anders sein.

Mittlerweile bestätigte auch das Bundesinnenministerium: Die Tagung findet vom 9. bis 12. Juni in Dresden statt. Außerdem drang aus Teilnehmerkreisen durch, dass sich die Bilderberger im luxuriösen Kempinski-Hotel Taschenbergpalais nahe der Semper-Oper versammeln werden.

Tatsächlich liefert eine Online-Anfrage zu verfügbaren Zimmern für den betreffenden Zeitraum die Auskunft: "Es tut uns leid, aber für die gewünschten Reisedaten sind keine Zimmer frei. Bitte geben Sie Alternativtermine ein und versuchen Sie es noch einmal."

Also die typische Information, wenn Bilderberg tagt. Natürlich wird das gesamte Hotel von der Gruppe reserviert und für diese Zeitspanne zur absoluten Sperrzone erklärt.

Auch die offizielle Internetpräsenz bestätigt mittlerweile den aktuellen Tagungsort für diese bereits 64. Bilderberg-Konferenz. Eine Teilnehmerliste steht allerdings noch aus.

Wie immer werden auch an dieser hoch kontrovers diskutierten Konferenz weit über 100 führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Medien teilnehmen. Sämtliche Gespräche finden nach wie vor unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit und abseits jeglichen Protokolls statt.

Niemand erfährt, welche Absprachen auf diesen "informellen Tagungen" getroffen werden. Offiziell findet hier keine aktive Politik statt, angeblich werden keine Entscheidungen

gefällt. Doch das glatte Gegenteil ist der Fall. Hier stellen Globalisierer die Weichen für die Welt, legen den künftigen großen Kurs fest. Und für den Rest der Welt gilt freilich: "Wir müssen draußen bleiben!" Von Demokratie keine Spur.

Der Tagungsort Dresden dürfte der örtlichen Polizei und Sicherheitskräften einiges abverlangen. Und natürlich bietet er ein Novum: Im Jahr 2016 werden sich die Bilderberger somit erstmals auf dem Territorium des ehemaligen Ostblocks treffen.

Der Tradition von Bilderberg folgend eröffnet das Staatsoberhaupt des Gastgeberlandes die Konferenz. Angela Merkel wird wohl diese Aufgabe übernehmen, genau wie im Jahr 2005 Gerhard Schröder im bayerischen Rottach-Egern.

Bekanntlich wurde Angela Merkel damals wenige Monate nach der Konferenz in ihr hohes Amt berufen und zur ersten deutschen Bundeskanzlerin ernannt.

Wenn der "Geheimclub der Mächtigen" dieses Jahr nicht in den USA tagt, sondern in Deutschland, hat das natürlich mehr oder minder "gute" Gründe.

Auch von Bilderberg dürfte die Bundeskanzlerin nun einigen Druck abbekommen. Nicht zu vergessen, voraussichtlich im Herbst 2017 ist wieder Bundestagswahl - wenn sie nicht vorgezogen wird.

Wer ist Demokratiefeind?

von Ursula Haverbeck

Gehen wir aus von der Begriffsbestimmung des Wortes Demokratie, wie sie heute von den Parteifunktionären gegeben wird. Danach sind die Grundpfeiler dieser Herrschaftsform - nämlich der Volksherrschaft - die Freiheitsrechte: Die Freiheit der Weltanschauung (Religion), die Freiheit der Parteigründung - auch strenger Oppositionsparteien -, die Freiheit der Meinungsäußerung, der Forschung und der Kunst und besonders wichtig: die Pressefreiheit - eine Zensur findet nicht statt! Und schließlich die freie Wahl.

Schauen wir uns nun die Berichterstattung über die Drei-Länder-Wahlen am 13. März 2016 an. Hier bekamen wir die eindeutige Antwort, sowohl von Journalisten als von den Parteifunktionären, auf diese Frage. Es war dabei allerdings nicht ganz deutlich auszumachen, ob die Parteifunktionäre und Journalisten überhaupt wissen, was der Inhalt z.B. des Wortes Presse-Freiheit ist. Sie kennen wahrscheinlich das Wort, aber über dessen Inhalt scheinen sie sich keineswegs im klaren zu sein. Jedenfalls war das nicht auszumachen.

Der Anteil der Wählerstimmen, welche auf die einzelnen Parteien entfiel, wurde noch für alle Parteien anschaulich dargestellt. Aber dem wachen Beobachter fiel auf, daß z.B. eine NPD in keinem Bundesland mehr auftauchte, welche doch vor nicht all zu langer Zeit mit acht Abgeordneten im Landtag von Sachsen saß und immer noch mit einigen Abgeordneten im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

In den anderen Bundesländern tritt sie höchstens bei Kommunalwahlen in Erscheinung. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn es läuft noch beim Bundesverfassungsgericht das bisher nicht entschiedene NPD-Verbotsverfahren. Das ist ein sinnvoller Schachzug. Wer wählt schon eine Partei, die unter Umständen morgen

verboten wird? Das ist eigentlich lächerlich, denn sie hat bisher ja immer nur eine verhältnismäßig sehr kleine Minderheit für ihr Programm gewinnen können. Doch eigentlich dachte ich, daß wir einen, insbesondere von den Grünen, kategorisch überall eingeforderten Minderheitenschutz haben. Die Minderheit der NPD-Wähler wird jedoch nirgendwo geschützt. Die Minderheit der Homosexuellen hat es da weit besser.

In allen drei Bundesländern erreichte die verhältnismäßig neue Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), eine zweistellige Stimmenanzahl. In Sachsen-Anhalt wurde sie sogar die zweitgrößte Partei.

Doch bei der Sitzverteilung die für jedes Bundesland als Möglichkeit gezeigt wurde, erschien in keinem die AfD als möglicher Koalitionspartner. Sie wurde einfach fallengelassen. Und warum ist das so?

Sie wurde von Parteifunktionären wie Journalisten, wahrheitswidrig als rechtsextrem und faschistisch gekennzeichnet. Sie ist eine Partei, die bekämpft werden müsse und mit der niemand koalieren darf. Sie gilt als undemokratisch und könnte morgen ebenfalls ein Verbotsverfahren erhalten, während die anderen sich stolz als Garanten der Demokratie bezeichnen. Stimmt das aber?

Prüfen wir das Verhalten an den Kennzeichnungen eines demokratisch verfaßten Staates, an der Einhaltung der Freiheitsrechte, welche doch Grundlage der Demokratie sein sollen. Dazu gehört auch die Freiheit der Parteigründung, die Freiheit auch einer starken Opposition, sowie die geschützte Meinungsfreiheit, auch, wenn sie das Gegenteil von dem besagt, was der anderen Partei wichtig erscheint. Das alles wird der Alternative für Deutschland nicht zugebilligt. Sie ist eine feindliche Partei, die zu bekämpfen ist, denn sie sei anti-de-

mokratisch. und stünde nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Doch die Alternative für Deutschland hat noch nie das Verbot einer Partei gefordert. Sie erklärt nur offen, daß sie viele Entscheidungen der herrschenden Politikerkaste für falsch hält und selber eine ganz andere Politik machen würde. Sie ist eben eine echte Oppositionspartei. Wieso soll sie als rechtsextrem bekämpft werden? Damit haben doch diejenigen, die dergleichen verlangen, sich selber das Urteil gesprochen. Das gilt auch für die Presse- und Meinungsfreiheit, die den wirklich Andersdenkenden nicht gewährt wird. Wer die Forderung aufstellt: Deutschland den Deutschen, wird zum Feind Deutschlands erklärt, jedenfalls so, wie es die etablierten Parteien verstehen, insbesondere die Grünen.

Makaber wird die ganze Angelegenheit besonders dann, wenn man sich bewußt macht, daß hinter den bekämpften Parteien Bürger dieses Landes stehen, die an die Grundwerte eines demokratisch verfaßten Staates glauben. Diese schließen sich in einer Partei zusammen, weil sie meinen, damit ihrer Meinung, ihrer Vorstellung von einem Staat, Ausdruck geben und vielleicht auch Zuspruch bei anderen Bürgern gewinnen zu können. Mit einem Bekämpfen einer solchen Partei werden also Bürger dieses Landes bekämpft, ja, wie im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren werden Bürger dieses Landes, welche diese Partei gegründet haben und sie für notwendig erachten, verboten.

Haben Sie schon jemals gehört, daß diese beiden Parteien, die NPD und die AfD andere Bürger verbieten lassen wollen? Sie bemühen sich nach den Spielregeln dieser Bundesrepublik an deren politischer Gestaltung sich mitbeteiligen zu können. Doch das gilt, wie am Wahlabend des 13. März 2016 überdeutlich wurde, als nicht hinnehmbar für die in diesem

Lande Herrschenden.

Damit wissen wir nun endlich, wer die wirklichen Demokratiefeinde sind. Es sind die bestehenden in der Bundesregierung vertretenen Parteien, CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke und bis vor kurzem auch noch die FDP. Was in der politischen Bildung als Kennzeichen für Diktatur dargestellt wird, das manchen heute diejenigen, die sich Vertreter der Demokratie nennen. Wer das bisher noch nicht erkannt hat, muß es spätestens nach dem Ergebnis und der Stellungnahme zu diesem Ergebnis durch die bestehenden Parteien als Wirklichkeit wahr-

nehmen. Wer sich in diesem Land Demokrat nennt, ist in der Regel ein Vertreter und Anhänger der Diktatur. Sie werden das abstreiten. Aber die Tatsachen sprechen eine andere und sehr deutliche Sprache.

Wer es an diesem Wahlabend gewagt hätte, als Gedankenspiel die Beteiligung der AfD an der Regierungsbildung mit einzubeziehen in seine Wahlanalyse, der wäre sofort als politisch unhaltbar ausgegrenzt worden.

Was früher Demokratie hieß, ist heute Diktatur. An ein Parteiverbot nur

zu denken, ist bereits die Absage an die sogenannten demokratischen Grundwerte. Denn diese Partei, die anderen nicht gefällt, die ist ja aufgrund ihres Parteiprogrammes, welches eben nicht grundgesetzfeindlich ist, erlaubt worden. Wäre sie grundgesetzwidrig, wäre sie gar nicht zugelassen worden.

Die klare Antwort auf die Frage, wer ist demokratiefeindlich in diesem Staat heißt: **Die im Bundestag sitzenden Parteien!**

Dokumentation: Vortrag auf der Sababurg am 1.12.1984

Bilanz der grünen Bewegung. Brauchen die konservativen Kräfte eine eigene Partei?

von Ursula Haverbeck

Der entschiedene Widerstand gegen die Einführung der Atomenergie mit all ihren ungelösten Problemen - bis heute ungelöst! - und die rücksichtslose Durchsetzung der Atomlobby 1977 sogar gegen die Mehrheiten in der SPD - und F.D.P.-Basis, waren der äußere Anlaß zur Begründung einer neuen "Grünen" Partei.

Im Rahmen des „Bürgerdialogs Kernenergie“ - eingeführt von Hans Matthöfer (SPD) 1975/76 wurde immer deutlicher, daß es hier, wie bei allen Umweltproblemen, um nichts weniger oder mehr als um die Frage des Wirtschaftskonzeptes geht. Der Meadows-Bericht "Grenzen des Wachstums" und Herbert Gruhls Buch "Ein Planet wird geplündert" lieferten den theoretischen Unterbau.

Allen Parteien - einschließlich NPD und DKP - war ein auf permanentem Wirtschaftswachstum aufgebautes Wirtschaftskonzept gemeinsam. Die gesamte Politik wurde mehr und mehr zur Handlangerin der Wirtschaft degradiert. Nur so ist das 1959 verabschiedete Gesetz zur Atomenergienutzung überhaupt zu verstehen. Ein solches Wirtschaftskonzept

bildet gewissermaßen das Rückgrat der Parteien in einer Industriegesellschaft. Es ist also auch nicht ohne weiteres zu verändern.

Noch heute wird von den erhofften wirtschaftlichen Zuwachsraten als Allheilmittel vom Wirtschaftsrat der Sachverständigen und den Wirtschaftspolitikern gesprochen.

Das Erschreckendste war aber nach den Parteitagen von F.D.P. und SPD im Spätherbst 1977 die Erkenntnis, daß weder Mehrheiten noch Bewußtseinsbildung und -veränderungen ausreichen, um politische Maßnahmen und Entscheidungen grundsätzlich zu beeinflussen.

Zitat aus meinem Beitrag zu einer "Grünen Liste" vom Januar 1978:

„Die Regierenden scheinen Zwängen zu unterliegen, die stärker als der Druck von Erkenntnissen an der Basis sind. Prinzipiell sind diese zunächst in dem von allen drei im Bundestag vertretenen Parteien als verbindlich akzeptierten Wirtschaftskonzept zu suchen. Darüber hinaus ergeben sich aber auch Zwänge aus

dem Weltsystem des Kapitalismus, in das wir in der Bundesrepublik voll integriert sind.“

Damit war die Gründung einer neuen Partei, der ein völlig anderes Wirtschaftskonzept zugrunde liegen sollte, vorgezeichnet. Wichtig schien in diesem Augenblick, eine Einigung und Zusammenarbeit der verschiedenen kleinen bestehenden Parteien und Umweltschutzverbände zu erreichen.

Der parlamentarische Weg

Aus den Überlegungen beim ersten Koordinationstreffen in Darmstadt am 14. Januar 1978, abgedruckt in den Lebensschutzzinformationen (LSI) 1/78.

Es bleibt also in der gegenwärtigen Situation nur der Versuch, über eine 4. Partei ökologische Politik zu realisieren. Hauptunterscheidungspunkt zu den drei Bundestagsparteien wird die Absage an das auf Wirtschaftswachstum und immer größere Industriekonzerne angelegte kapitalistische Wirtschaftssystem sein müssen.

Zu seinen Kriterien gehört auch die uneingeschränkte Herrschaft der Technokratie und die Anhäufung von Macht in den Händen weniger, Kriterien, die in Ost und West sehr ähnlich zu finden sind. Woraus deutlich wird, daß es sich nicht darum handeln kann, einfach die klassische Antithese zum Kapitalismus, die marxistische Wirtschaftstheorie, zum Programm einer ökologischen Partei zu machen.

Es muß etwas Neues entwickelt werden, und um den heterogenen Umweltschutzgruppen gerecht werden zu können, müssen dabei die beiden in der Anti-Atom-Bewegung besonders deutlich zum Ausdruck kommenden Grundströmungen der Umweltbewegung berücksichtigt sein.

Immer wieder läßt sich beobachten, daß Umweltschützer je nach Standort des Betrachters einmal als links-, einmal als rechtsradikal eingestuft werden. Dies ist kein Zufall, wenn auch die Angehörigen der Bürgerbewegung dies selber oft nicht wahrhaben wollen. In der Umweltschutzbewegung - besonders offensichtlich in den Anti-AKW-Aktionen - treffen zwei Komponenten zusammen, die bisher im politischen Leben unserer Zeit als unvereinbar galten. Es sind dies ein konservativer und ein sozialistischer Impuls.

Der Wert-Konservative (Wie Erhard Eppler formuliert) wehrt sich seit Beginn der Industriellen Revolution gegen die Zerstörung der Heimat, die mehr als Umwelt ist. Er will das in Sprache und Volkstum ausgebildete Eigensein bewahren. Im wirtschaftlichen Bereich wehrt er sich gegen die Vernichtung mittelständiger unabhängiger Landwirtschafts- oder Handwerksbetriebe, wie auch gegen Auflösung und Sinnentleerung der Familie.

In der "NS-Zeit" fanden diese Werte ihre Anerkennung, also wurde der Nationalsozialismus von vielen Konservativen akzeptiert, obwohl der Begriff Sozialismus ebenso schockierte oder übersehen wurde, wie die sinnwidrige Verfolgung anderen Volkstums (Juden, Slaven). Eine interne Auseinandersetzung konnte in der kurzen Phase vor dem Krieg (6

Jahre) und während des Weltkrieges (6 Jahre) erst recht nicht stattfinden. (Anm: das wäre heute differenzierter zu sehen) Hieraus jedoch ableiten zu wollen, daß alle Konservativen in der Umweltschutzbewegung Faschisten seien, ist ebenso absurd, wie den Sozialisten darunter allgemein Stalinismus unterstellen zu wollen.

Als seinen Gegner betrachtete der Konservative den Marxismus, ob nun als Kommunismus-Bolschewismus, oder als westliche Sozialdemokratie. Der Marxismus war so eng mit der Industrialisierung und dem technischen Fortschrittsglauben gekoppelt, daß beides für den konservativen Betrachter synonym werden konnte, zumal mit ihm auch Atheismus und Internationale einhergingen.

Dies änderte sich erst langsam mit Beginn der siebziger Jahre. Je deutlicher die Umweltzerstörung sichtbar wurde, je intensiver Natur- und Umweltschützer sich für die Erhaltung natürlicher Lebenszusammenhänge einsetzten, je gründlicher sie nach den Ursachen fragten, desto klarer trat für die "Konservativen" ein von ihnen bisher übersehenes Phänomen ins Bewußtsein: der Kapitalismus. Damit wurde eine Brücke zu dem bisherigen Gegner geschlagen.

Der Marxist (als Sozialist oder Kommunist) hat den Anteil des Kapitalismus an der Verelendung der Menschen und die Macht des Kapitals seit eh und je erkannt und bekämpft. Er wehrt sich mit Recht gegen die Ausbeutung, gegen ungerechte Entlohnung und Entrechtung des Menschen. Aber wie er persönlich litt, so personifizierte er auch den Kapitalismus, indem er alle Fürsten - Unternehmer, Priester und Bauern - für seine Verursacher hielt, was aus der Geschichte immer wieder belegt wurde. Nach der russischen Revolution schaffte er diese drei Stände daher ab und hoffte, so auch Ausbeutung, Not und Unfreiheit beseitigen zu können.

Wie die Entwicklung in der UdSSR lehrt, ist das Gegenteil der Fall, was viele Sozialisten im Westen zunächst veranlaßte, den Sowjet-Kommunismus als Fehlinterpretation von Marx

oder als Staatskapitalismus abzulehnen, ohne jedoch die Klassentheorie fallen zu lassen, d.h. es wurden auch weiterhin bestimmte Gesellschaftsgruppen aufgrund ihres Berufsstandes als Ursache der Fehlentwicklung angesehen, während Denkmodelle und Verhaltensweisen überholter Epochen jeweils konsequent zu überwinden gewesen wären.

Wo der Marxist im Westen heute den Kapitalismus in seiner Grundstruktur angreifen will, findet er sich als Gegner der Atomenergiepolitik, die wie nichts anders die Machtakkumulation des Kapitals erkennbar macht, ja ohne diese überhaupt nicht zu denken ist, und damit an der Seite von konservativen Bauern und Bürgern, die er bisher für Vertreter des Kapitalismus hielt.

Doch wenn auch der wirtschaftliche Gegner von beiden gleichermaßen angegriffen wird, in der gegenseitigen Beurteilung übernimmt man kritiklos die vielfach sogar vom gemeinsamen Gegner geprägte Ansicht und Abwertung des "Partners .. und war bis vor kurzem bemüht, sich um jeden Preis von einander zu distanzieren und gegenseitig zu diffamieren. Solange dies geschieht und in dem angezeigten Dreiecksverhältnis immer einer gegen zwei kämpft, die sich untereinander nicht ertragen können, wird der die Überhand behalten, der die Macht auf seiner Seite hat, daß heißt: an unserer Situation wird sich nichts ändern.

Die fortschrittlichen Kräfte auf beiden Seiten, nämlich die selbständigen, beweglichen Geister, erkennen heute immer deutlicher, daß ihr hundertjähriges Feindbild vordergründig und dadurch falsch war. Revisionen wurden unerlässlich. Zugleich aber wird verständlich, warum eine Einigung innerhalb der Umweltschutzbewegung auf eine "grüne Liste" so schwerfällt.

Es stellt sich daher die Frage, ob nicht entsprechend dem gegenwärtigen Bewußtseinszustand von vornherein zwei ökologische Parteien angestrebt werden sollten, nicht um die Bewegung zu schwächen, sondern um eine völlige Zersplitterung in eine Vielzahl von Parteien zu verhindern,

und um im Gegenteil alle Kräfte zu gewinnen, d.h. die 24 Prozent, die nach der "Sternumfrage 1978" der Ansicht sind, daß mit den gegenwärtigen Problemen keine der drei bestehenden Parteien, in welcher Regierungskoalition auch immer, fertig zu werden in der Lage sei.

Die praktischen Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, wie alle Einigungsbestrebungen zu Uneinigkeit und Neugründungen führten. Warum verständigen wir uns nicht auf eine ökologisch-sozialistisch orientierte und auf eine ökologisch-konservativ orientierte Partei, die sich zunächst in der Forderung nach einer ökologischen Politik unterstützen könnten und denen die Zukunft, wenn es gelingt, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen, genügend Zeit bietet, um zu prüfen, ob eine ökologisch orientierte Gesellschaftsordnung aus einer wertkonservativen Grundeinstellung oder aus einem sozialistischen Impuls heraus zu gestalten sein wird.

Ein ökologisches Wirtschaftskonzept wird in beiden Fällen noch zu entwickeln sein.

Wichtig ist zunächst die Anerkennung der Grundbedingung, daß die Wirtschaft dem Leben des Menschen zu dienen hat und für das Leben des Menschen auch unzerstörte Natur notwendig ist.

Die "Zweiparteien-Theorie" erscheint nicht so ganz unsinnig, wenn die beiden einander widerstrebenden Grundströmungen der Anti-AKW-Bewegung durchdacht werden." So weit Januar 1978.

Die gleiche Frage haben mir die Veranstalter dieses Treffens heute, 1984 noch einmal gestellt. Hat sich inzwischen etwas geändert? Wie könnte eine realisierbare Antwort heute aussehen?

Angesichts der ökologischen Katastrophe in unserem Land müssen wir feststellen, daß die Parteien, die bisher nahezu allein im politischen Leben entschieden haben, kläglich versagt haben. Da es genug Bürgerinitiativen und Wissenschaftler gab, die seit Jahrzehnten auf die Fehl-

entwicklung aufmerksam machten, tragen sie die volle Verantwortung für ihre Entscheidungen, die zu vergiftetem Wasser, Boden und Luft führten. Aus der "Mitwirkung bei der politischen Willensbildung" wurde nahezu ein Alleinherrschaftsanspruch - sicher auch, weil der Bürger bequem war und gerne seine Rechte und Verantwortung weiterdelegierte.

Divide et impera!

Hier sollte noch einmal ganz deutlich gemacht werden, daß für mich die Naturkatastrophe und Lebenszerstörung, in der wir „noch leben“ der wichtigste und entscheidende Anlaß für politische Betätigung ist. Die ökologische Frage ist keine nationale Frage! Wohl aber ist die nationale Frage ein Teil der ökologischen Frage.

All unser Tun, ob im medizinischen, schulischen, kulturpolitischen, landwirtschaftlichen usw. Bereich hängt davon ab, ob wir überhaupt noch leben können als gesunde Menschen in diesem Land. Das Sterben der Wälder - das seit langem befürchtet wurde bei Beibehaltung unserer Lebensgewohnheiten - mußte eigentlich den letzten schlafenden Wohlstandsbürger aufgeschreckt haben. Land und Volk sind schwerkrank und zwar in doppelter Hinsicht. Die einen sehen die Gefährdung in der Zerstörung von Familie, Volkstum, Moral und ethischen Werten und übersehen die Umweltkatastrophe, die anderen sehen diese und übersehen, wie sehr sie selber bereits aus einem natürlichen Zusammenhang herausgefallen sind in ihrer Egozentrik, sexuellen Perversion, Befürwortung von Abtreibung und dem Verfallensein an alle möglichen Süchte.

Die letzteren sind in der Regel junge Menschen, sie haben sich in großer Zahl den Grünen angeschlossen. Daß sie so sind, wie sie sind, ist das Ergebnis einer raffinierten psychologischen Kriegsführung, wie gerade von konservativer Seite herausgearbeitet wurde.

Demnach ist deutlich, diese jungen Menschen sind bereits in vieler Hin-

sicht Opfer. Sie sind nicht mehr oder weniger verblendet als diejenigen, die meinen, jedenfalls bis vor kurzem meinten, sie lebten wirtschaftlich in einer einigermaßen heilen Welt, in der es ihnen gut ging und man nur noch etwas für die Wiedervereinigung tun müsse. Es sind diejenigen Menschen, welche die Atomenergie und damit die beständige Anreicherung unserer Umwelt mit Radioaktivität, die gesetzlich geregelten Vergiftungsraten bei allen Umweltschutzchemikalien und die Vergiftung von Gewässern, Luft und Böden als einen hinzunehmenden Preis für ihren Wohlstand ansehen. Zu diesen Menschen gehören vornehmlich die älteren, die aus den Entbehrungen der Nachkriegszeit hervorgegangene Generation. Sie ist den Methoden der psychologischen Kriegsführung genau so auf den Leim gegangen, wie die jungen. So abwegig dies zunächst erscheinen mag, ich glaube, daß Atomgesetz und Vergiftungsdosen auf der einen Seite der Sexualisierung und Totalliberalisierung auf der anderen Seite, entsprechen.

Es sind die gleichen Strategien im Hintergrund und die wissen sehr wohl zu differenzieren, denn für sie gilt ihr Satz von der völligen Gleichheit aller Menschen nicht. Im Gegenteil, ihre Überzeugung, daß in Mitteleuropa besonders kritische und ihrer eigenen Macht gefährlich werdende Kräfte immer noch lebendig sind, geben ihnen die Veranlassung für ihr Tun.

So wurde im Nachkriegsdeutschland mit großer Geschicklichkeit der Keim für dasjenige gelegt, was später als Generationenkonflikt öffentlich erörtert wurde. Lockmittel war dabei für die Jungen der schillernde Begriff „liberal“ = „Freiheit“, mit dem sie in die Abhängigkeit von ihren Begierden geführt wurden, und Sicherheit und Wohlstand, die sich gegenwärtig als Selbstmord erkennen lassen, dienten zur Verführung der anderen.

Man braucht sich gegenseitig nichts vorzuwerfen. Es zeigt sich in dieser Entfremdung der Generationen aber auch, daß offenbar immer noch das uralte Herrschaftsmittel über die Deutschen mit Erfolg eingesetzt wird: divide et impera! Wir haben bereits

1976 - doch offenbar ohne Erfolg - darauf hingewiesen:

„Die Lebensschützer aber können nichts Unsinnigeres tun, als diese einseitige Festlegung (links und rechts) durch ihre Gegner die Wachstums- und Fortschrittsgläubigen, zu akzeptieren und zum Anlaß für gegenseitige Disqualifizierung und Spaltung zu nehmen.

Die Grünen

Es ist immer wieder die Frage gestellt worden, ob es sich bei den Grünen und ihrem oft schwerverständlichen Vorgehen um Kinderkrankheiten handele?

Schließlich wurde diese Partei erst vor fünf Jahren gegründet. In dieser kurzen Zeit schaffte sie den Sprung ins Bundesparlament.

Dennoch meine ich, nein, es ist eher ein Geburtsfehler. Auch der doppeldeutige Name „Die Grünen“ läßt etwas vom Wesen dieser Partei erahnen. Die Grünen sind die Partei mit den jüngsten Mitgliedern und dem jüngsten Wählerpotential. Als Vorbereitungs- und Gründungsmitglied muß ich anerkennen, daß diese Parteineugründung in einer so kurzen Frist durchweg dem 150% Einsatz vieler sehr junger Menschen zu verdanken war. Während die älteren, mehr abwägenden Charaktere, noch mancherlei Bedenken wälzten, Weihnachten feierten oder sich in allen möglichen Verpflichtungen verstrickt sahen, schafften die unkonventionelleren jungen - oft Linke oder Arbeitslose - innerhalb weniger Wochen nahezu flächendeckend im Bundesgebiet Kreis- und Landesverbände, aus deren Delegierten dann in Karlsruhe am 12. Januar 1980 die Partei „Die Grünen“ hervorging. - Und 1983 saßen Die Grünen im Bundestag! Diese Leistung soll in keiner Weise abgewertet werden.

Worin besteht nun dieser Geburtsfehler und welche weiteren Fehlentwicklungen sind es, die uns heute unsere Frage stellen lassen? Ein Geburtsfehler weist über den damit Be-

hafteten hinaus auf eine belastende vorgeburtliche Mitgift hin. Auch der Geburtsfehler der Grünen läßt sich nicht aus ihnen selbst erklären. Darum muß ich etwas ausholen.

Rolf Zundel in DIE ZEIT vom 6.7.1984:

„Bonner Politik wird als die geräuschvolle, aber nur wenig interessante Begleiterscheinung dessen gesehen, was ohnehin geschieht. Wo und wie es geschieht, weiß niemand so recht!“

Wenn wir zustimmen, daß Politik heute weitgehend identisch ist mit Wirtschaft, dann sind die Parteien als politische Gruppierung eigentlich schon hinfällig. Der Staat ist auch im freien Westen der größte Unternehmer und hat darüber hinaus im Gegensatz zu allen anderen Unternehmern das Recht, seine Einnahmen per Gesetz zu erhöhen. (Oder Wirtschaftsvergehen zu amnestieren).

Die Wirtschaftspolitik wird im Westen bestimmt durch die Gewinnmaximierung, durch den Kapitalmarkt!! Sie wird nicht bestimmt durch die Bedürfnisse der Menschen.

Nur so ist die Zerstörung der Lebensgrundlagen überhaupt machbar geworden. Mit der Konzentrierung von Kapital in den Händen weniger wird zugleich eine Machtstellung erreicht, Weltherrschaftstendenzen sind heute unverkennbar. Der Westen wirft sie dem Osten vor und der Osten dem Westen. (1984!)

Das größte Geschäft - das wirklich lohnende - ist die Rüstung. Sie ist nur möglich auf dem Hintergrund der Angst vor einem furchtbaren Feind.

Rüsten kann man nur, wenn es einen hautnahen gefährlichen Gegner gibt. Das Freund-Feind-Denken muß zu diesem Zweck in der Bevölkerung fortwährend geschürt werden. Der Klassenkampf ist hierbei ein immer noch wirksames Mittel und ebenso die Einstufung aller unabhängiger Geister in Links- oder Rechtsradikale, die zu bekämpfen sind. Dies ist so lange wirksam, so lange die derart geschiedenen Geister mitmachen

und sich selber als feindliche Gegensätze empfinden.

Ein konsequentes Weiterdenken führt hier zur Aufhellung der oben zitierten Aussage: „Wo und wie es geschieht, weiß niemand so recht!“

Wenn es früher hieß „divide et impera“, so kann man heute ergänzen: und wecke Furcht, um zu unterdrücken, indem du Atomraketen verkaufst. Wer übersieht, daß „Jene“, die den Kapitalmarkt beherrschen, die das Rüstungsgeschäft betreiben, den Ost-West-Konflikt selber erfunden haben - was nachweisbar ist - und bis zum heutigen Tag den Gegner am Leben erhalten - was ebenfalls beweisbar ist - ist politisch naiv.

„Jene“ steuern also die Welt, was nur geht, wenn sie zwei- oder auch dreigeteilt ist, wie Orwell bereits 1932 klar erkannte. Der Feind ist ein Phantom, zum Zwecke der Herrschaft und Unterdrückung aufgebaut. Es lenkt von „Jenen“ ab und auf Menschen hin, die genau so mißbraucht werden, wie wir selber.

Das erste Opfer in diesem Weltkonflikt ist die Natur und damit unsere Lebensgrundlage. Wir brauchen keinen Krieg mehr, hier befinden wir uns schon mitten im Kriegszustand.

Das war der Anlaß für die Begründung einer ökologischen Partei. Konsequente Ökologen wollten ein menschenwürdiges Leben retten. Konsequente Ökologen nenne ich diejenigen, die das Leben als einen nicht aus der Materie abzuleitenden Wert begreifen (was nicht als Dualismus mißverstanden werden sollte), ökologische Gegebenheiten und Naturgesetze als Begrenzung des Wirtschaftslebens anerkennen, die Menschheit als eine Familie von Völkern mit Selbstbestimmungsrecht verstehen, deren Eigensein wie eine Vogelart zu schützen ist.

In der Befriedung der Grundbedürfnisse aller Menschen den Sinn des Wirtschaftslebens sehen und nicht im Kapitalwachstum.

Bereits in der Gründungsphase der Partei DIE GRÜNEN haben wir erlebt,

wie durch plötzliches Aufbrechen des Freund-Feind-Denkens (vornehmlich von den K-Gruppen eingeführt) es gelang, die konsequenten Ökologen zu verdrängen.

Eine weitere Fehlentwicklung wurde eingeleitet durch die ungeprüfte Übernahme herkömmlicher Parteistrukturen- zum Teil vorgegeben durch das Parteiengesetz.

Gerade für die Konservativen schien die Parteidemokratie mit ihren Umgangsformen der Garant für ein friedliches und legales Miteinanderarbeiten. Sie übersahen, daß diese Strukturen aus ganz anderen Überlegungen heraus und „von außen“ geschaffen worden waren. So wurde folgerichtig dieses Mittel sehr schnell

benutzt, um die konsequenten Ökologen auszuschalten. Allerdings machten diese es den anderen auch leicht. Als nächstes wurde dafür gesorgt, daß drei inhaltliche Momente aus dem herkömmlichen Parteienleben übernommen wurden:

Der Klassenkampf als ideales Übungsfeld für das Freund-Feind-Denken, die Tabuisierung einer fundamentalen Kapitalismuskritik, daß heißt, die Hinterfragung von Geldwesen, Währung, Zinspolitik, die Verweigerung, deutsche Politik zu machen.

Im dritten Punkt „keine Deutsche Politik“ treffen sich die Grünen mit SPD und F.D.P. und im Klassenkampfdenken mit SPD und K-Parteien. „Keine allgemeine Grundlagenforschung

zum Geldwesen“ haben sie mit allen anderen Parteien im Bundestag gemeinsam:

- keine Deutschlandpolitik
- keine fundamentale Kapitalismuskritik, die das Geldwesen und seine Machtstruktur hinterfragt
- Verbindlichkeit des Freund-Feind-Denkens (siehe Einrichtung einer Bundesarbeitsgemeinschaft „Rechtsentwicklung/Neofaschismus“ innerhalb der GRÜNEN).

Auf diesem Hintergrund ist keine wirkliche Heilung des öffentlichen Lebens möglich.

- Wird fortgesetzt -

Anzeige:

Leser- und Autorentreffen „Volk in Bewegung“ und „Reichbote“ vom 2. - 4. Sept. 2016

Das Leser- und Autorentreffen soll diesmal dem Nachdenken über die europäische Zukunft gewidmet sein. Motto: „Die europäische Neuordnung nach dem Ende der US-Herrschaft“.

Manche mögen das Thema, angesichts der aktuellen Krise, für abstrakt halten. Wir sind jedoch der Ansicht, daß gerade heute das Gegenmodell zum zerstörerischen Globalismus deutlich zu skizzieren ist. Die Alternativen zu Imperialismus, Wachstumswahn, Verschuldung, Naturzerstörung, Entwurzelung, Bildungsverfall und Kulturbolschewismus müssen wieder auf den Tisch. Dann wird klar: Der germanische Gestaltungswille ist der Geldherrschaft weit überlegen. Diese läßt sich nur noch durch eine Gewalt- und Willkürherrschaft aufrecht erhalten. Doch die Macht der Gedanken ist stärker als die Mordinstrumente der Oligarchen und ihrer Handlanger. Wir hören kurze Referate zu den Themen:

- Wirtschaftsordnung ohne Wachstumswahn und Zinswirtschaft
- Die soziale Ordnung der Zukunft

- Das Europa von morgen
- Bildungsziel: Der souveräne Volksgenosse
- Kultur ist Identität
- Unser organisches Weltbild
- Das künftige Sendungsbewußtsein

Nach jedem Referat gibt es Zeit für ergänzende Gedanken. Zudem soll es am Samstagabend einen offenen Gesprächskreis über die Möglichkeiten politischer Einflußnahme geben: Haben Parteien ausgedient? Wie erreichen wir das Volk? Die Ergebnisse des Leser- und Autorentreffens werden am Sonntag zusammengefaßt und im Oktoberheft von „Volk in Bewegung“ präsentiert.

Bitte merken Sie schon jetzt den Termin vor. Sie können sich auch schon bei Dr. Hennig vorab anmelden: Südstr. 9, D-27283 Verden.

Das genaue Programm wird in der Ausgabe Juni 2016 von „Volk in Bewegung“ erscheinen.

Das darf nicht sein!

71 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges will die internationale Hochfinanz erneut einen Krieg in Europa anzetteln. Deutsche sollen wieder auf Russen schießen. Wo bleibt der Massenprotest gegen die Kriegstreiber?

Die Deutschen Wirtschaftsnachrichten melden am 29. April unter <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/04/29>

GEOPOLITIK

„Merkel gibt Obamas Drängen nach: Bundeswehr vor Einsatz in Osteuropa

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | Veröffentlicht: 29.04.16 00:51 Uhr

Nach nur wenigen Tagen kann US-Präsident Obama die ersten Früchte seines Auftritts in Hannover ernten: Die Bundeswehr prüft einen Militäreinsatz in Osteuropa, um Russland abzuschrecken. Für Deutschland ist der Einsatz in Litauen vorgesehen.“